

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15.

Sonnabend, den 18. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Balkanperspektiven.

Sofia, 15. Januar.

Wie schwer es auch sein mag, in allen Einzelheiten die Veränderungen vorauszusagen, die der Krieg im sozialpolitischen Leben Bulgariens hervorrufen wird, die Grundlinien dieser Veränderungen lassen sich jetzt schon klar erkennen. Die Lage, die der Krieg schaffen wird, bietet wenig erfreuliches, besonders hinsichtlich der sozialen Reformen, deren das Land so sehr bedarf.

Wie überall, so werden auch in Bulgarien soziale Reformen fast ausschließlich von der sozialistischen Partei gefordert. Infolge von Fraktionsstreitigkeiten war die Partei in den letzten Jahren allerdings so schwach, daß sie unmittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung nicht ausüben konnte, aber ihre langjährige Tätigkeit hat der Bevölkerung, besonders den arbeitenden Klassen, die Notwendigkeit und Möglichkeit sozialer Reformen doch so tief eingepreßt, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehört, gezwungen war, soziale Reformen zu versprechen. Das hat auch die gegenwärtige Koalitionsregierung, besonders ihr linker Flügel — die Progressisten — getan, indem Gesetzesvorlagen über das gewerbliche Risiko, über die Gründung eines Arbeiterversicherungsfonds, der alle bestehenden Fonds vereinigen sollte, über den Lohnvertrag, über Fabrikhygiene usw. in Aussicht gestellt wurden. Jetzt, nach dem Kriege, wird die Stimmung zugunsten dieser Reformen zweifellos sehr sinken. Der Handels- und Arbeitsminister sagte zwar mehr als einmal, daß die neue Lage ihn nicht zwingen könne, die vorgesehenen Reformen aufzugeben, aber es ist augenscheinlich, daß im besten Falle diese Reformen nur auf dem Papier aufgeführt werden können. Die Durchführung der Reformen ist in nächster Zukunft unmöglich; aus vielen Gründen, von denen der wichtigste die Angliederung neuer Länder an Bulgarien ist. Die neuen Gebiete sind weit zurück, Bulgarien wird deshalb gezwungen sein, erst für die elementarsten Bedürfnisse der neuen Gebiete zu sorgen; für Gerichtswesen, Verwaltung sowie auch für die Regelung der Agrarverhältnisse in Mazedonien. All dies wird viel Geld und viel Zeit kosten, und die Regierung wird mit dieser Belastung die Zurückstellung der sozialen Reformen begründen. Selbst der Druck derjenigen Volksschichten, die die Regierung auf die Bahn sozialer Reformen drängte, dürfte nachlassen. Denn sobald der Frieden geschlossen und sobald die neuen Gebiete an Bulgarien angegliedert, wird eine Masse arbeitsloser Intellektueller und Lohnarbeiter nach Mazedonien übersiedeln, um dort ihr Glück zu versuchen. Das kann selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterorganisationen in Bulgarien bleiben, die ohnedies durch den Krieg sehr geschwächt sind.

Andererseits werden viele heimatlose Mazedonier nach Bulgarien kommen, um hier soviel zu verdienen, daß sie später eine selbständige kleinbürgerliche Existenz in Mazedonien zu gründen in der Lage sind. Das Steigen des Arbeitsangebots wird natürlich die Konkurrenz unter den Proletariatsmassen verschärfen, wird das Bewußtsein der Gemeinamkeit der Klasseninteressen verdunkeln und den individuellen Kampf ums Dasein in den Vordergrund rücken. Und es ist sonnenklar, daß unter diesen Verhältnissen die Arbeiterorganisationen und die sozialistische Partei stark leiden müssen.

Zwar ist im Lande ein Aufschwung der Industrie, besonders soweit der Eisenbahnbau in Frage kommt, zu erwarten. Dieser Aufschwung wird viel fremdes Kapital herbeiloden, aber es ist zweifelhaft, ob dies sofort der Entwicklung der Arbeiterorganisationen und der sozialistischen Partei förderlich ist. Dagegen gehen die nationalistischen Parteien gekräftigt aus dem Kriege hervor und diese werden sich aus eigenem Willen Beweggründen der Monarchie und dem unvermeidlichen Militarismus nachgiebig zeigen. Ich sage: „Dem unvermeidlichen Militarismus“, denn zweifellos hat die Gebietsvergrößerung und die Erhöhung der Reibungsgefahr unter den Balkanstaaten eine Verstärkung des Heeres zur Folge. Außerdem bringt der Zugang zum neuen Meere sicher die Schaffung einer Kriegsflotte. Hand in Hand mit der Stärkung des Militarismus geht eine Kräftigung des Monarchismus — auch schon um deswillen, als die Erfolge des Krieges natürlich in erster Linie dem königlichen „Kriegsherrn“ zugeschrieben werden.

Es sind also vergebliche Hoffnungen, wenn die Arbeiter annahmen, nach Beendigung des Krieges werde die Regierung durch Organisation von öffentlichen Arbeiten der Arbeitslosigkeit abhelfen. Dazu wären bedeutende finanzielle Mittel erforderlich. Die bulgarische Regierung wird aber, soweit die Mittel reichen, sie zur Vergrößerung der Armee, zum Bau von Kriegsschiffen

und zur Ersetzung der verbrauchten Kriegsmaterialien verwenden.

Was kann unter solchen Umständen die sozialistische Partei tun, die einzige Vertreterin der arbeitenden Klassen, die einzige ernste Gegnerin des Militarismus in Bulgarien? Ihre Wirksamkeit wird sehr erschwert, ihre Propaganda, mindestens in der ersten Zeit nach dem Kriege, sehr unpopulär sein. Der Agitation gegen den Militarismus werden die großen Siege und die „befreiten“ Gebiete entgegengehalten werden. Und die Arbeitermassen sind vor allem von dem Wunsche befeßt, für ihre hungernden Familien zu sorgen. Schon die Tatsache, daß man vor der Mobilisierung keinen Massenprotest gegen den Krieg organisieren konnte, bezeugt deutlich die Entmutigung und Desorganisation der Arbeitermassen. Daran ist auch der Zwist der sozialistischen Fraktionen nicht wenig schuld, der lähmend auf alle Massenaktionen einwirkt.

Die Gebietsvergrößerung und der Zugang zum Ägäischen Meere sind also vorderhand die einzigen positiven Ergebnisse des Balkankrieges für Bulgarien. Die negativen Folgen aber sind die Verlangsamung der gesetzgebenden Arbeit im allgemeinen und der sozialen Gesetzgebung im besonderen, die Stärkung des Militarismus und der nationalistischen Parteien, die Schwächung der Demokratie.

Alle diese Folgen würden nicht eintreten, meint Genosse Nikola Charlaoff, wenn die mazedonische Frage auf eine andere Weise gelöst worden wäre, d. h., wenn man statt der Verteilung Mazedoniens unter die Balkanstaaten das ungeteilte Mazedonien selbstständig gemacht hätte. Eine solche Lösung würde zu keiner Kräftigung des Militarismus in den verbündeten Staaten führen und würde auch keine neuen nationalen Streitfragen schaffen. Die Angliederung der obersten mazedonischen Gebietsteile an die einzelnen Balkanstaaten kann herrschende Wirrnis nicht beseitigen. Es ist absolut unmöglich, die Staatsgrenzen gemäß der bunten Ethnographie Mazedoniens zu ziehen. Wie man auch die Grenzen ziehen mag, ein Teil der bulgarischen Bevölkerung wird Serbien zufallen, ein Teil der griechischen wird Bulgarien einverleibt werden usw., und das muß in Zukunft die nationalen Reibungen unter den Balkanstaaten nur noch mehr verschärfen. In einem selbständigen Mazedonien dagegen könnte jede Rationalität ihre Autonomie erlangen, und dies wäre zugleich der erste Schritt zu einer allgemeinen Balkanföderation. In diesem Falle gäbe es keinen Reid und keine Zwietracht unter den verbündeten Staaten, und es gäbe auch keinen Zwist mit Rumänien, der jetzt so starke Befürchtungen erweckt.

## Politische Rundschau

Deutschland.

### Das Ende der sozialpolitischen Woche.

Der letzte Tag der Generaldebatte war fast ausschließlich der Erörterung der sogenannten Mittelstandsfragen gewidmet. Die Redner der verschiedensten bürgerlichen Parteien brachten die üblichen Redewendungen, die bisher noch keinen Handwerksmann fett gemacht haben und auch in Zukunft nicht mehr Erfolg haben dürften. Wie die Sozialdemokratie über diese Probleme denkt, setzte Genosse Brü h n e in frischer und wirkungsvoller Darlegung auseinander. Die Sozialdemokratie, die nicht einfach um die Gunst des Mittelstandes werben will, steht die Existenzfragen dieses Standes nicht losgelöst von den großen wirtschaftlichen Zusammenhängen, und sie kann daher für ihre Politik beanspruchen, daß sie fester begründet und — um das Wort zu gebrauchen — viel eher realpolitisch ist. Genosse Brühne hielt dem wohlwollenden Wortreichtum all der Vorredner aus den anderen Parteien die viel bedrängtere Tatsache entgegen, daß die Gesetzgebung der letzten Jahre gerade die Handwerker mindestens in demselben Maße wie die Arbeiter getroffen hat. Handelspolitik, Finanzreform, Reichsversicherungsordnung — das sind die wichtigsten und entscheidenden Kapitel der bürgerlichen Mittelstandspolitik! Eine wohlverstandene und dem natürlichen Gange der Entwicklung entsprechende soziale Politik würde den Mittelstand sicherlich mehr nützen, als neben jener rückwärtigen Gesetzgebung die hier und da getroffenen künstlichen Maßnahmen, die selbst den größten Schaden anrichten. Unser Redner brachte für die unheilvollen Wirkungen, die beispielsweise die Zwangsinnungen hervorgerufen, überzeugendes Material bei. Der Terrorismus, der von diesen Organisationen regelmäßig getrieben wird, gab ihm Gelegenheit, die Angriffe gegen unsere Partei zurückzuweisen, der ja mit Vorliebe gerade dieser Vorwurf gemacht wird. Und es verfehlte den Eindruck auch auf die anderen Parteien des Hauses nicht, als Brühne die Entstehung eines Streiks schilderte und die Stimmungen, die den streikenden Arbeiter beherrschen müssen. Die törichte

Sehnsucht nach einem Ausnahmegesetz beantwortete er mit der Versicherung, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vor irgendwelchen vergeblichen Zwangsmitteln nicht die geringste Furcht haben.

Vor ihm hatte der Fortschrittler Hoff bereits über diese Frage gesprochen. Derselbe Redner hielt der konservativen Heuchelei über sozialdemokratisch-liberale Abkommen die Bereitwilligkeit vor, mit der gerade konservative Staatsfürsten, wenn Not am Mann war, um sozialdemokratische Beihilfe nachsuchten. Der Reichsparteiler W a r m u t h und ein nicht gerade rühmlich bekannter antijemittischer Abgeordneter verbreiteten sich gleichfalls über Mittelstandsfragen, während der Pole B r a n d y s und der Däne H a n s e n über Fälle von skandalöser Anwendung des Reichsvereinsgesetzes berichteten. Der Staatssekretär Dr. V e l b r ü c k, der diese Tatsachen zuerst wohlwollend überhören wollte, mußte nach einer Ermahnung vom Zentrumsabg. Dr. P f e i s s e r sich zu einer Anfertigung bequemen. Er begnügte sich indessen mit der keineswegs neuen und bequemen Ausrede, daß die vorgebrachten Tatsachen einseitig nicht nachgeprüft seien. Herr Dr. P f e i s s e r machte im übrigen einige recht treffende Bemerkungen über die geringe Wertschätzung, die gegenwärtig das geistige Proletariat findet, angeregt durch eine Kritik, die Genosse Fischer geübt hatte. Nach einigen Bemerkungen des Grafen K a n i g, des Reichsparteilers D e r g e n und des Lizientialen M u m m wurde die Sitzung geschlossen, in der fast mehr Redner zu Wort gekommen waren, als schließlich Abgeordnete sich im Saal befanden.

### Reichs-Submissionsamt.

Der Hanjabund tritt dafür ein, daß das Submissionswesen durch Reichsgesetz geregelt wird. Im Gegensatz dazu verlangt der vom Bund der Landwirte geschaffene Reichsdeutsche Mittelstandsverband, daß Submissionsämter auf privater Grundlage geschaffen werden, wie das bereits in Sachen versucht worden ist. Dieser Verband tritt nun für die Errichtung eines Reichs-Submissionsamtes ein, aber auch auf privater Grundlage. Der Zweck ist natürlich sehr durchsichtig, diese Organisationen sollen in der Hauptsache der Förderung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes dienen. Natürlich kostet die Sache Geld, der Mittelstandsverband hat es nicht und der Bund der Landwirte will es vermutlich nicht hergeben. Deshalb wendet man sich an Regierung und Reichstag mit der Bitte um eine Zuwendung von 30 000 Mark pro Jahr! Wir halten es für ausgeschlossen, daß der Reichstag auf dieses Unsinnen eingeht, die Regelung des Submissionswesens kann zweckmäßig nur reichsgesetzlich erfolgen.

### Mißlungener Ablehnungsversuch.

Die Konstatierung der Tatsache, daß der Generalfeldmarschall von der G o l k auf dem Kommerz des Vereins deutscher Studenten den Wunsch ausgedrückt hat: „Wenn's nur einmal losginge!“ — ist der alldeutschen Presse sichtlich unangenehm. Man versucht deshalb, dieser Auslassung einen anderen Sinn zu unterlegen. So schreiben die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„v. d. G o l k sagte, seine Teilnahme an den letzten Seemanövern habe in ihm beinahe den Wunsch geweckt: „Wenn's nur einmal losginge, damit dieser glänzende Organismus sich bewähren könne.“

Das ist Wortklauberi, durch die die Sehnsucht des Herrn v. d. G o l k nach einem baldigen Kriege nicht weggestrichen werden kann.

„Kreuzzeitung“ und „Nationalliberale Reichsrespondenz“ in bester Harmonie.

Das preußische Junkerorgan, die „Kreuzzeitung“, fällt am Donnerstag ganz erboft über die Reichsregierung her.

Wenn im Reichstage gestern Staatssekretär Dr. Delbrück das von konservativer Seite geforderte Verbot des Streikpostenstehens ein untaugliches Mittel nannte und nur durch eine systematische Wenderung der Strafgesetzgebung, die man abwarten müsse, ein Schutz der Arbeitswilligen zu erreichen sei, so ist das die liberale Doktrin, mit der wir bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht weiter kommen. Dem Krebschaden des sozialdemokratischen Terrorismus muß ohne Zögern entgegengewirkt werden. Wenn wir damit warten sollen, bis die Strafgesetzkreform vollendet ist, dann vergehen noch viele Jahre. Und solange kann der fortwährende weiterressende Krebschaden nicht extrahiert werden.

Es ist bedauerlich, daß der Staatssekretär des Innern zu dieser wichtigen Frage nur negativ Stellung genommen hat. Denn die Terrorismusfälle mehren sich an Zahl und Umfang unaufhaltbar. Die Presse ist voll von Berichten darüber.

In der Hauptsache ist es ja auch der Zweck scharfer Strafbestimmungen, vorbeugend und abschreckend zu wirken. Daß die jetzige Gesetzgebung diesen Zweck auch

Die geplante Warenhaus- und Konsumvereinsteuern ist, wie verlautet, von der zu ihrer Vorprüfung eingesetzten Bürgerausschusskommission abgelehnt worden. Hoffentlich folgt der Bürgerausschuss diesem guten Beispiele.

Das Recht des Angeklagten im Strafverfahren. Die meisten Leute haben eine gewisse Scheu vor Gerichten und Gerichtsverhandlungen und es ist darum nur erklärlich, daß noch wenig Aufklärung über das Recht des Angeklagten im Strafverfahren herrscht. Trotzdem ist aber diese Frage von großer Wichtigkeit und wir wollen im Nachstehenden versuchen, die Leser mit dieser Materie vertraut zu machen.

Der Angeklagte muß acht Tage zuvor zur Hauptverhandlung geladen sein, andernfalls braucht er sich auf keine Verhandlung einzulassen. Der Angeklagte kann auch Richter ablehnen. Der Angeklagte kann verlangen, daß ihm die Namen der Richter und Schöffen bekanntgegeben werden. Man kann auch Sachverständige ablehnen. Ein viel verbreiteter Irrtum dagegen ist es, daß der Angeklagte auch Zeugen ablehnen könne. Die Ablehnung der Richter muß geltend gemacht werden, bevor die Anklage verlesen ist.

Zunächst hat der Angeklagte über seine Person Auskunft zu geben, dann wird der Eröffnungsbeschluß verlesen, und es darf nur über das verhandelt werden, was darin steht. Das wichtigste Recht des Angeklagten ist, vollständiges Gehör zu finden und sich selbst zu verteidigen, wie es ihm beliebt. Er braucht sich das Wort nicht abschneiden zu lassen, er darf sich frei äußern. Er hat auch die Mitbestimmung auf den Umfang der Beweiserhebung. Er hat mit zu bestimmen, in welchem Umfange Zeugen und Sachverständige vernommen werden sollen. Er kann Zeugenladungen beantragen oder auch Zeugen selbst laden. Im letzteren Falle muß er Zahlung leisten, so daß dieses Recht also vielfach mit Hindernissen verknüpft ist. Die Zeugen müssen ebenso erscheinen, als wenn sie vom Gericht geladen wären. Das Gericht kann die vom Angeklagten beantragte Ladung von Zeugen nur dann ablehnen, wenn es das als „wahr unterstellt“, was die Zeugen auszusagen sollen. Sind aber die Zeugen schon zur Stelle, so müssen sie auch vernommen werden. Wird ein Beweisantrag abgelehnt, so ist das eine Beschränkung der Verteidigung, was man in der Revision beim Reichsgericht geltend machen kann. Der Angeklagte kann an die Zeugen Fragen stellen, der Vorsitzende muß ihm erlauben, direkt die Zeugen zu befragen.

Gegen das Urteil des Schöffengerichts kann der Verurteilte binnen einer Woche Berufung einlegen, entweder schriftlich oder zu Protokoll. Wenn nur der Angeklagte Berufung einlegt, so kann die Strafe nicht erhöht werden. Diese Wohlthat aber wird dem Angeklagten dadurch verfallen, daß auch der Staatsanwalt Berufung einlegt. Dadurch entfällt die Möglichkeit, daß der Angeklagte in der zweiten Instanz schlechter wegkommt. Zur Verhandlung in der Berufungsinstanz muß der Angeklagte pünktlich erscheinen, weil sonst kein Rechtsmittel verworfen wird. In der Berufung brauchen die Zeugen nicht nochmals vernommen zu werden, wenn der Angeklagte dies nicht beantragt. Neue Zeugen hingegen müssen abgehört werden, außer bei Abertretungen.

Das letzte Rechtsmittel ist die Revision beim Oberlandesgericht in Sachen und beim Reichsgericht. Eine neue Erörterung aber kann hier nicht vorgenommen werden. Wenn z. B. der wegen Mordes an seiner Schwiegermutter verurteilte Rechtsanwalt Han seine Schwiegermutter lebend zum Reichsgericht gebracht hätte und ein Duzend Gemeindevorstände hätte bezeugt, dies sei wirklich die angeklagte ermordete Schwiegermutter, so hätte trotzdem das Urteil nicht aufgehoben werden können, wenn keine Formfehler in der Schwurgerichtsverhandlung konstatiert werden konnten. Wäre aber beispielsweise die Verteidigung eines Zeugen vergessen worden, so konnte das Urteil aufgehoben werden. In solchen Fällen gibt es nur das „Wiederaufnahmeverfahren“, das aber sehr schwer herbeizuführen ist. Dazu müssen neue wichtige Tatsachen bekannt geworden sein.

Neuerdings sind die amtsrichterlichen Strafbefehle mehr und mehr in Übung gekommen. Sie werden auf Antrag der Staatsanwaltschaft ohne Mitwirkung von Schöffen und ohne Urteil bei Abertretungen und leichten Vergehen erlassen. Der Betroffene hat das Recht, dagegen binnen einer Woche schriftlich Einspruch zu erheben. Dann gibt es eine Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht, womöglich auch Berufungsverhandlung. Die durch den Strafbefehl ausgeworfene Strafe kann auch erhöht werden; es ist deshalb zu überlegen, ob man Einspruch erheben will; man ist aber in der Lage, den Einspruch vor dem Eintritt in die Verhandlung zurückzuziehen. Polizeiliche Strafverfügungen werden häufig im gewerkschaftlichen Kampf, z. B. beim Streikpostenfällen, angewandt. Auch dagegen kann man richterliche Entscheidung beantragen. Eine Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde genügt nicht, wie viele Leute annehmen.

Der Angeklagte hat das Recht, sich in jeder Lage des Verfahrens eines Verteidigers zu bedienen. In Strafsachen gibt es kein Armenrecht. In Schwurgerichtssachen muß dem Angeklagten ein Verteidiger gestellt werden, aber auch in gewöhnlichen Strafsachen solchen Personen, die in ihrer Verteidigung beschränkt sind, wie z. B. Taubstumme. Eine freie Verteidigungswahl gleich der freien Arztwahl, gibt es aber nicht. Das Gericht kann einen Verteidiger bestellen, den es will. Dies braucht kein Rechtsanwalt zu sein, sondern der Verteidiger kann aus den Kreisen der Assessoren oder Referendare gewählt werden.

Vorträge der Oberschulbehörde. Uns wird geschrieben: Das Jugendgericht, selbst erst so jung, hat bereits aufgehört, nur eine Angelegenheit der Juristen und einzelner pädagogischer Kreise zu sein. Drei deutsche Jugendgerichtstage, zahlreich besucht von Nichtjuristen, auch von Frauen, die in der praktischen Jugendfürsorge stehen, haben das bewiesen. Vollends ist das Jugendgericht und alles, was damit zusammenhängt, in den Gesichtskreis allgemeinsten Interesses gerückt, seitdem im Anfange des vorigen Monats die Reichsregierung den Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt hat. Diese Tatsachen haben dem Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene und sittlich Verwahrloste um die Mitte des Dezemberanlaß gegeben, sich mit den einschlagenden Fragen zu beschäftigen. Auf Veranstaltung der Ober-Schulbehörde wird am Freitag, dem 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Johanneums der Gegenstand auch weiteren Kreisen nahe gebracht werden durch einen Vortrag des hiesigen Jugendrichters, Oberamtsrichters Dr. Levertühn, über das Thema: „Das Jugendgericht als Kulturercheinung.“ In dem Vortrage werden demnach die juristischen Fragen zurückgestellt und vielmehr nur solche Fragen in den Vordergrund gerückt werden, zu denen auch die Allgemeinheit mehr und mehr wird Stellung nehmen müssen. Der Zutritt ist für jedermann unentgeltlich.

b. Zweite Strafkammer am 17. Januar. Ein Schmiedemeister aus Friedenthal wanderte zur Hochzeit ins Medlenburgische. In Cutin stellte er das Fahrrad ein. Schwer geladen kehrte der Mann abends wieder ins Städtchen zurück, wo er noch weiter Einkehr hielt. Da geschah, daß einem andern die Laterne vom Rade losgeschraubt und entwendet wurde. Der Schmiedemeister kam in Verdacht, diese gestohlene

Eine Resolution, welche das Treiben des Abg. Wetterle auf das schärfste verurteilt und die Erwartung ausspricht, daß der Landtag seine schärfste Mißbilligung zum Ausdruck bringt, fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung, die keinerlei parteipolitische Zwecke verfolgen sollte, verlief ohne Störung, hinterließ aber auch keine tieferen Empfindungen. Richtiger wäre es und passender, man behandelte Wetterle als das, was er ist: als Hanswurst.

Mit einer Suspension des Jesuitengesetzes will sich das Zentrum zufrieden geben. In einer Besprechung der Verhandlungen des preussischen Landtags über die Jesuitenfrage erklärt die „Germania“ unter Bezugnahme auf gewisse Vorschläge des Prof. Delbrück und des Landtagsabgeordneten v. Dewitz: „Darüber kann weder bei der Regierung noch bei den Parteien und den Parlamenten ein Zweifel möglich sein, daß das katholische Volk nicht ruhen und nicht rasten wird, bis die Schande des Jesuitengesetzes, durch das es sich in seinem staatsbürgerlichen Recht und in seiner katholischen Ehre tief gekränkt fühlt von ihm genommen wird, sei es vorläufig auch nur, durch eine Suspension des Jesuitengesetzes.“ — Das Zentrum scheint wieder Friedenssehnsucht zu haben, anders wäre die auffällige Bescheidenheit nicht zu erklären.

Eine neue agrarische Organisation. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einen Aufruf, der einen engen Zusammenschluß der Ziegeleien in Pommern anstrebt, um die Rentabilität dieses „landwirtschaftlichen Nebengewerbes“ zu heben. Zu diesem Zweck findet am 23. Januar in Steffin eine Versammlung der Interessierten statt. Die Einladung haben u. a. unterzeichnet: Graf Schwerin-Löwitz, Freiherr v. Wangenheim, v. Hartmann-Hoffstädt und E. v. Klitzing; alles waschechte Agrarier. Die Hebung der Rentabilität wird natürlich durch eine Erhöhung der Preise in die Wege geleitet werden.

Abgeschüttelt. Im elsäß-lothringischen Landtage kam der Fall Wetterle zur Sprache. Das Zentrum schüttelte den unbehaglichen Mann ab, was dem Staatssekretär Jörn von Bulaß nicht genügte. Dieser erklärte, er hätte erwartet, daß Wetterle aus der Zentrumsfraktion ausgeschlossen worden sei. Wetterle selbst erklärte, daß er seine Vorträge drucken und dann dem Landtag zur Beurteilung zufellen lassen werde. — Gegen das Blatt des Abg. Wetterle, den „Koukellitte“, ist offiziell Klage eingeleitet worden wegen Beleidigung der deutschen Bevölkerung, die von dem Blatt als „unverschämte Sprößlinge der Hungerleider, die nach 1870 über das Land hergefallen sind“ bezeichnet wurde.

Frankreich. Die Präsidentenwahl endete mit dem Siege des Ministerpräsidenten Poincaré. Im ersten Wahlgang wurden 863 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Poincaré 429, Pams 327, Baillant 63, Ribot 16, Deschanel 12 Stimmen. Zersplittert waren 6 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit von 437 Stimmen erlangte, war ein zweiter Wahlgang erforderlich. Im zweiten Wahlgang wurde Poincaré mit 483 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik gewählt. Pams erhielt 296, Baillant 69 Stimmen. Das Resultat wurde vom Kongreß mit Begeisterung angenommen.

Der unterlegene Ackerbauminister Pams hat seine Demission eingereicht, die auch angenommen wurde. Mit seiner vorläufigen Vertretung wurde der Handelsminister David beauftragt. Die Wahl dürfte noch zu einem Zweikampf zwischen Clemenceau und Poincaré führen, da nach der Zusammenkunft im Senat Clemenceau an den Ministerpräsidenten Poincaré einen Brief gerichtet hat, dessen Inhalt Poincaré für beleidigend hält.

Balkan. Die Kollektionsnote ist gestern in Konstantinopel der Pforte überreicht worden. Den überreichenden Botshaftern erklärte der Minister des Aeußern, daß die Pforte so bald wie möglich die Note beantworten werde.

Nach der Frankfurter Zeitung hebt die Kollektionsnote hervor, daß die Türkei nach dem Friedensschluß moralische und materielle Unterstützung der Großmächte benötigen werde. Sie rät der Pforte, Adrianopel den Balkan-Verbündeten abzutreten, und versichert, daß der muslimanische Befehl, Moscheen und Heiligthümer vollauf geachtet werden sollen. Bezüglich der Legatischen Inseln vertritt die Note die Auffassung, daß die Regelung dieser Frage definitiv den Großmächten überlassen werde, die die Möglichkeit einer Bedrohung der Türkei ausschließen.

Amerika. Die Einwanderungsvorlage der Vereinigten Staaten. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus New York wurde am Donnerstag in Washington in einer Sitzung des von den beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Komitees zur Prüfung der brennenden Einwanderungsvorlage eine Einigung erzielt. Die Vorlage ist Freitag dem Repräsentantenhaus vorgelegt und voraussichtlich angenommen worden. Sie bestimmt, daß die Einwanderer imstande sein müssen, ihre eigene Landesprache zu lesen. Von dieser Bestimmung sind Gattinnen, Wäwen und ledige weibliche Personen ausgenommen. Der höchste Senat hat die Forderung der Kenntnis des Schreibens fallen gelassen. Die Kopfsteuer für Einwanderer wird von 4 auf 5 Dollar erhöht. Jedes Einwanderer bedürftende Schiff muß regierungsseitig ernannte amerikanische Ärzte, Inspektoren und Wärterinnen an Bord haben. Deportierte fremde Seeleute werden verbannt und deportiert, dergleichen Eingewanderte, die in Amerika wegen Vergehens gegen die Moral verurteilt wurden.

nur in bescheidenstem Maße den sozialdemokratischen Vergewaltigungen gegenüber erfüllt, wird niemand zu behaupten imstande sein. Und daß der Staatssekretär des Innern mit seinem warmen Appell an die „sozialdemokratische Disziplin“, die Streikenden zur Beobachtung der gesetzlichen Grenzen zu veranlassen, Erfolg haben könnte, dürfte er selbst schwerlich glauben. Es darf doch niemals aus den Augen gelassen werden, daß für die Sozialdemokratie die Streikfrage keine rein wirtschaftliche Sache ist, sondern in erster Linie eine politische Machfrage.

In gleicher Tonart nimmt sich die „National-liberale Reichskorrespondenz“ die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vor. Das Kanzlerblatt glaubte die Rede des Gen. Liechtenst auf dem sozialdemokratischen Preuentage mit einigen juristischen Feinheiten abtun zu können. Das gibt der Korrespondenz nun Anlaß, die Halbamtliche wie folgt abzukanzeln:

„Wir denken uns die Bekämpfung der Sozialdemokratie ganz anders: Wo es möglich ist, vollstündlichste Form anzuwenden, jedes programmatische Bestreben der Sozialdemokratie ernst nehmen, das Handeln der sozialdemokratischen Führer daran messen und die Folgen aufzuweisen, scharfer Hieb gegen den Feind und voller deutscher Idealismus auf der einen Seite, Krieg jeder Unzulänglichkeit und Schwäche im Staat und Bürgerthum, damit, wenn „geochten“ wird — um mit Bismarck zu reden — beim Staat und seinen Verteidigern das beste Gewissen ist. So ungefähr, meinen wir, müßte der Kampf einer deutschen Regierung gegen die Sozialdemokratie aussehen.“

Solchen Repressalien wird die Regierung kaum Stand halten. Es würde also nicht verwunderlich sein, wenn ein schärferer Wind anhebt. Nun, die Sozialdemokratie wird allen Maßnahmen gewappnet entgegensehen.

Talsperre und Moorabus im preussischen Abgeordnetenhause.

Das Dreiklassenhaus beriet am Freitag zunächst eine Regierungsvorlage über die staatliche Ausnutzung der Talsperre im Quellgebiet der Weiser zur Gewinnung von Elektrizität. Genosse Leinert sprach sich für die Vorlage aus; bemängelte jedoch, daß die in Aussicht genommenen Strompreise etwas zu hoch gegriffen erschienen. Die Vorlage ging an die Kommission für die elektrische Zuförderung.

Dann wurde das Moorabusgesetz in zweiter Lesung beraten. Dieses Gesetz will den Besitzern der Torfmoore in der Provinz Hannover gewisse Beschränkungen bei dem Abbau dieser Moore auferlegen, damit die Moore späterhin noch zur landwirtschaftlichen Benutzung geeignet bleiben. Auch für dieses Gesetz trat unser Gen. Leinert ein und er wandte sich insbesondere gegen einen national-liberalen Antrag, der für die den Besitzern auferlegten Beschränkungen Entschädigung gewährt wissen will. Leinert führte aus, daß von einer Entschädigung umso weniger die Rede sein könne, als die Beschränkungen im öffentlichen Interesse liegen und die Besitzer selbst nur einen Vorteil davon hätten, wenn ihr Besitztum nicht vermehrt werde. Der national-liberale Antrag scheint überhaupt mehr der Rücksicht auf die kommenden Landtagswahlen zu entspringen. — Ein national-liberaler Abgeordneter namens Dr. Martens-Osterholz wußte seinem Ärger über diese Kritik nicht anders Ausdruck zu geben, als daß er mit innerer Befriedigung darauf hinwies, daß in seinem Wahlkreis die Sozialdemokraten, wenn sie die bürgerlichen Parteien kritisieren, hinaus geprügel werden. Leinert hätte diese national-liberale Offenherzigkeit tiefer. Der Entschädigungsantrag selbst wurde abgelehnt.

Die Beratung des Moorabusgesetzes geht Sonnabend weiter, nachdem vorher der Nachtragset in Höhe von 61 Millionen Mark für Eisenbahnbauten und Erhöhung des Beamtenunterstützungsfonds erledigt sein wird. Außerdem steht auf der Tagesordnung ein sozialdemokratischer Antrag über die Schulaufsicht.

Der Austritt des Kriegsministers.

Das „Berliner Tageblatt“ teilte am Donnerstag mit, daß der Kriegsminister v. Heeringen durch den General Gallwitz ersetzt werden soll. Diese Nachricht ist mindestens verfrüht. Daß zwischen dem Kriegsminister und dem ihm übergebenen Militärkabinett eine gewisse Spannung besteht, ist bekannt und Herr v. Heeringen wird im Reichstage einen schweren Stand haben, wenn er das Projekt vertreten soll, dem Chef des Militärkabinetts eine Villa in der Viktoriapark als Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen. Wenn für den Chef des Militärkabinetts eine Dienstwohnung nicht vorhanden ist, dann hat er Anspruch auf ein Wohnungsgeld von 15 333 Mk. im Jahre. Für dieses Geld kann er in Berlin kein eine prächtige Wohnung bekommen. Dielem Offizier aber in einer der trüben Gegenden Berlins eine Villa zu überweisen, wäre eine unglückliche Veranschaulichung der Dinererose. An sich ist es übrigens ganz gleichgültig, ob der Offizier, der im Reichstage die Maßnahmen des verantwortlichen Militärkabinetts zu vertreten hat, Hermann heißt oder Gallwitz, es ist derselbe Boden, nicht einmal eine andere Kammer.

Afrikanische Protraktion.

Vor einer überfüllten Versammlung, die am Donnerstag abend in Straßburg hat an, sprach der Professor Erisman über das Verhalten des Abgeordneten Wetterle. Er bezeichnet es als Bürgerpflicht, gegen die Schwärzung des bürgerlichen Volkes und gegen die damit verbundenen Gefahren für die Einheimischen und Eingewanderten durch die „Negroes“ Wetterle Protest zu erheben. Er bezeichnet es als eine geschichtliche Pflicht, wenn die Presse in Frankreich behauptet, die einseitige, die würde Wetterle als Protestant sagen, es wäre das beste, man würde Wetterle das Bruchkleid vom Leibe reißen und es an die Chinesen schenken. Hoffentlich gelinge es, dieses Mann, der eine Zeit lang das Land hier, auf dem Wege zur Abreise zu machen. — Der zweite Vortrag, gehalten von Wetterle, betraf die Art, wie die verschiedenen europäischen Schichten über das Land heranzogen, als sagt.

zu haben. Dieser Verdacht sollte bekräftigt werden einmal dadurch, daß dem Schmiedemeister an diesem Abend sonst kein Licht mehr aufgegangen wäre und zum andern, daß er dabei beobachtet wurde, wie er sich an dem fremden Rabe zu schäffeln machte, während sein eigenes, laternenloses, in einer ganz anderen Wirtschaft stand. Der Schmied war jedoch im Tran über das Stahlfloß gefaselt und mühte sich ab, dieses oder sich selbst wieder aufzurichten. Zu allem Verdacht kommt noch, daß der Angeklagte im Dörchen eine Fahrabwertung hat, der er eine unberechnete Lagerbereicherung hatte vielleicht machen wollen. Zutruhen war dem Angeklagten die Tat nicht, er selbst glaubt, daß ein Unbekannter den Schabernack ausführte. Die Laterne wurde in einer Hofe des ersten Wirtschaftes gefunden. Das Schöffengericht Gutta verurteilte Sch. zu einem Tage Gefängnis. Gegen dieses Urteil wurde beiderseitig, vom Staatsanwalt wie vom Beschuldigten, Berufung eingelegt. Dieser mit Erfolg. Der Schmied brachte auch noch einen Zeugen mit, der bestätigte, daß er an jenem Abend „bannig wat inschlitt hätt“. Der Angeklagte wurde nach kurzer Beratung freigesprochen.

**Jahresbericht des Verbandes der Steinseger und Berufsgenossen, Filiale Lübeck, für 1912.** Am 1. Januar 1912 hatten wir einen Mitgliederbestand von 86. Aufgenommen sind 18 Kollegen, zugereicht 39, vom Militär zurück 3, von andern Verbänden übergetreten 2; abgereicht und abgemeldet 51, zum Militär eingezogen 1, zu andern Verbänden übergetreten 3, wegen rückständiger Beiträge ausgeschloffen 10. Mit hin war am 31. Dezember 1912 ein Mitgliederbestand von 83 vorhanden. In Versammlungen wurden abgehalten: 1 General- sowie 11 Monatsversammlungen. Die höchste Besucherzahl war in der Märzversammlung, die niedrigste in der Juniversammlung. Im Durchschnitt hat sich die Besucherzahl gegen das vorige Jahr gehoben. Dieser Fortschritt ist auch auf andern Gebieten unverkennbar in Erscheinung getreten. Der Vorstand hielt 13 Sitzungen ab und nahm außerdem noch an 6 Gewerkschaftsvorstände-Konferenzen teil. Referate wurden 2 abgehalten. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Wir hatten eine Einnahme für die Hauptkasse von 2314,30 Mk., gegen das vorige Jahr ein weniger von 186,20 Mk. Hiervon zahlte die Hauptkasse an unsere Filialkasse 779,50 Mk. und zwar 20 % von den Wochenbeiträgen 472,85 Mk., für Krankenunterstützung 291,75 Mk. und für Reiseunterstützung 15 Mk. Der Kassenbestand des Lokalfonds sowie der Lokalverwaltung betrug am 1. Januar 1912 576,92 Mk. Die Einnahme der beiden Kassen betrug 613,20 Mk. Die Ausgaben beider Kassen waren folgende: Agitation 102,10 Mk., Beitrag an das Sekretariat und Gewerkschafts-fartell 83,20 Mk., für Unterhaltung in Notfällen 40 Mk., für die Genossenschaftsbücherei 20 Mk., für das Jugendheim 10 Mk., Botenlohn 84 Mk., für örtliche Verwaltung, Herstellung von Druckachen, Schreibutensilien usw. 187,10 Mk., so daß am 31. Dezember 1912 ein Kassenbestand von 653,72 Mk. vorhanden war. Arbeitsberechtigungskarten wurden 107 abgegeben. Von den sich Meldenden waren 94 Steinseger und 13 Hammer; letztere waren sämtlich hier wohnhaft. Steinseger waren 46 Anfallige und 48 Zugereiste. Von den Zugereisten bekamen 5 keine Arbeit, während 43 gleich den ersten Tag Arbeit erhielten. Die 46 Steinseger und 13 Hammer waren 372 Tage arbeitslos und arbeiteten 277 Tage außer Beruf. Um diese Statistik aber noch reichhaltiger und genauer zu machen bedarf es der Mitarbeit eines jeden Kollegen. Jeder Arbeitslose muß sich der geringen Mühe unterziehen und sich eine Karte ausstellen lassen; gilt es doch diese Statistik zum Besten der Organisation zu verwenden. Die Korrespondenz des Vorstandes war: Briefe, Postkarten und Druckachen gingen 138 Stück ein; ferner 12 Geldsendungen und 42 Zeitungsendungen. Aus gingen: Briefe und dergleichen 163 Stück, außerdem 12 Geldsendungen und 104 Zeitungen unter Kreuzband. Infolge des im Jahre 1910 abgeschlossenen Lohntarifs trat am 1. April eine Lohn-erhöhung von 3 Pfg. pro Std. für alle 3 Kategorien ein. Differenzen waren im Berichtsjahre nicht zu verzeichnen. Ein Versuch, mit der Firma Tiede in Tschau einen Tarifvertrag abzuschließen, mißlang infolge der Interesslosigkeit der dort beschäftigten Arbeiter. Die Konjunktur setzte im Frühjahr kräftig ein, flaute aber im Hochsommer vermessen ab, daß mehrere verheiratete Kollegen außerhalb arbeiten mußten. Im Herbst setzte wieder eine gute Konjunktur ein, die bis zum Schlusse des Jahres anhält. Alles in allem, ist das Jahr 1912 für unsere Filiale ein günstiges gewesen; möge 1913 dasselbe für uns sein!

Zunächst ist gestern abend wieder eingetreten, nachdem einige Tage lang Frost geherrscht und gestern ein ziemlich lebhafter Schneefall der Jugend Freude gemacht hatte.

**Arbeiterkrise.** Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich heute vormittag 10 Uhr auf dem Karstadtischen Bau in der oberen Johannstraße. Zwei Böde, zwischen denen ein Mastensteg hing, stürzte um, wodurch der Bauarbeiter Lehn-dorf aus Rensfeld getroffen wurde und schwere Verletzungen davontrug. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. — Gestern wurde der Bauarbeiter Kufschid aus Rensfeld beim Transport eines eisernen Trägers von diesem am Bein getroffen und verletzt.

**pb.** Wer ist der Fehrradläufer? Am 9. ds. Mts. gegen Abend will ein Angeklagter einer Herberge ein von ihm unterlagertes Fahrrad Marke „Brennabor“ mit der Fabriknummer 582 339 an einen hiesigen Trödler für 20 Mark ver-kaufen haben. Der Käufer des Rades wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

**Einem bunten Abend,** der ein durchaus künstlerisches Ge-präge erhalten soll, veranstaltet der Arbeiterbildungsverein am kommenden Mittwoch Abend im Gewerkschaftshaus. Zur Mitwirkung haben sich erste Künstler unseres Stadttheaters bereit erklärt. Frl. Jansen, unsere außerordentlich beliebte Opernsoubrette, die ausgezeichnete erste Liebhaberin Frl. Pflieger, Herr Oberregisseur Bruno und Herr Barth, der treffliche Spielbarion unserer Oper, dazu der talent-volle Herr Kapellmeister Weigert werden das Programm bestritten. Der Eintrittspreis beträgt nur 25 Pfg. pro Per-son. Karten sind noch an den bekannten Stellen zu haben.

**Im Stadthallen-Theater** wurde gestern der Schwank „Die abgetretene Frau“ über der „Himmel auf Erden“ neu aufgeführt. Die Handlung ist etwa die: Ein früherer Lehmann, der seinen Schwiegervater dadurch hintergeht, daß er ihn aufgebunden, er bestimme ein Landgut, wird von dem pflichtig hereingekommenen Herrn veranlaßt, ihm das Gut zu zeigen. Ein Jugendfreund des Schwiegervaters ist nun zwar Besitzer eines solchen Gutes und kann aushelfen, wird aber andererseits von einer Erbtante veranlaßt, ihm seine Frau vorzustellen, die er aber garnicht besitzt. Man hilft sich da-durch, daß einerseits der angebliche Gutsbesitzer von seinem Freunde das Gut gepumpt bekommt, während andererseits der Gutsbesitzer die Frau seines Freundes zu Repräsen-tationszwecken geliehen erhält. Natürlich gibt das nun An-las zu recht drohenden Verwicklungen und ultimen Zusammen-stößen. Aber schließlich löst sich alles in Wohlgefallen auf und der nebelhafte Gutsbesitzer bekommt seine Frau un-beschädigt zurück, wie der wirkliche Gutsbesitzer am Ende zu einer wirklichen Frau kommt. Der Inhalt des Stückes ist unmissant und vor allem wird der Schwank so vortrefflich her-vorgebracht, daß jedermann seine helle Freude hat, weshalb das überaus zahlreich erschienene Publikum auch mit keinem Beifall nicht zeigte. An der Spitze der Darsteller standen

wieder die Damen Elita Perma, Elise Rabe und Margarethe Thebe und die Herren Maximilian Große, Martin Thiel und Gny Jöhnen. Aber auch die übrigen Darsteller paßten sich trefflich ihren Rol-legen an.

**Einem solchen Lacherfolg** wie bei der gestrigen Premiere hat Lübeck wohl selten erlebt. Das Stadthallen-theater hat mit diesem neuen Stück, dem dreitägigen Schwank „Die abgetretene Frau“, ein Zugstück ersten Ranges gefunden. Heute, Sonnabend, wird das über-mühte Stück wiederholt. Morgen, Sonntag, findet keine Vorstellung statt. Bei 50 Pfg. Einheitspreis auf allen Plätzen geht Montag der Schwank „Die Welt ohne Männer“ in Szene.

**Kalbergs Variete.** Man schreibt uns: Die neue Künstler-Serie hat hier einen großen Erfolg zu verzeichnen, und ist dieses wohl eines der besten Programme, die Kal-bergs bis jetzt geboten. Ab Sonntag kommt noch die neue Welle „Kajenjammer“ zur Aufführung. Jedenfalls ist ein Abend bei Kalbergs kein verlorener.

**Neues Stadttheater.** Aus der Kanzlei wird uns ge-schrieben: Am Sonntag, dem 19. sind im Stadttheater zwei Vorstellungen. Am Nachmittags als 5. Volksvorstellung Lorkings komische Oper „Zar und Zimmermann“, in welcher Fräulein Waleka Martini, eine junge Breslauer Künstlerin die Marie singt und am Abend die mit großem Beifall aufgenommene Oper „Madame Butterfly“ von G. Puccini. Auf beide Aufführungen will die Direktion hiermit noch einmal hingewiesen haben. — Am Montag ist die erste Wiederholung von Ernst Harde's Trauerspiel „Gudrun“ das bei seiner ersten Aufführung am Freitag die Zu-hörer völlig in seinen Bann gerissen hat. In der Dienstag-Aufführung „Eva“ gastiert wieder Gertrud Seewald, die be-rühmte „Eva“ des Hamburger Operettentheaters. — Die Oper bereitet ein noch weniger bekanntes Werk des franzö-sischen Komponisten Adam vor: Seine Oper „König für einen Tag“ in der Bearbeitung von Paul Wolff.

**Hamburg.** Aus der Bürgerschaft. Das neue Fortbildungsschulgesetz ist Mittwoch fertiggestellt worden. Die Ausschussvorlage ist noch verbessert worden durch die Ausdehnung der Fortbildungspflicht auf die mit dem Einjährigen-Freiwilligenzeugnis ausgestatteten jungen Leute. Der Antrag, eine ungleiche Behandlung nicht erst zu-zulassen, fand mit knapper Mehrheit in namentlicher Ab-stimmung Annahme. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Linke und der größere Teil der Liberalen, sowie vereinzelte Rechte. Beim zweiten wichtigen Punkt, die Strafbestimmung für Entziehung von der Schulpflicht, gelang es, die beantrag-ten Verböserungen abzuwehren und ebenso blieb die Schul-geldfreiheit erhalten, nachdem außer zwei bürgerlichen auch unser Genosse Bartels entschieden dafür gesprochen. Zur Annahme des sozialdemokratischen Antrags, den Senat zu er-juchen, die Fortbildungspflicht möglichst bald ganz all-gemein auch für die weibliche Jugend zur Einführung zu bringen, konnte sich die Bürgerschaft nicht aufschwingen.

**Gehört.** Ein erhebliches Feuer brach gestern morgen hier aus, wodurch das Wohnhaus, Wirtschaftsgelände und die Ställe des Erbpächters Jensen eingeschert wurden. Eine Tochter des Jensen war auf den Boden ge-gangen und hatte hierbei eine Petroleumlampe umgestoßen. Das Vieh konnte gerettet werden.

**Schleswig.** Feuersbrunst. In Moldeit sind die Besitz der Landleute Ahrens und Jürgensen eingeschert worden. 5 Pferde verbrannten. Das Feuer kam in der Scheune des Landmannes Ahrens zum Ausbruch. Drei große Scheunen brannten nieder. Durch Flugfeuer geriet dann der Besitz des Hufners Amus Jürgensen in Brand. Wohnhaus, Scheune und Stall brannten nieder.

**Bremen.** Die Bürgerschaft hat am Mittwoch, dem 15. Januar, der Vermehrung der Richter des Landgerichts Bremen von 25 auf 29, der der Staatsanwälte von 7 auf 8 zugestimmt. Bremen steht in der Kriminalität der Großstädte mit an erster Stelle. In den letzten zehn Jahren hat auf den wichtigeren Gebieten der von der Strafkammer zu behandelnden Sachen eine Zu-nahme von mehr als 50 Prozent stattgefunden. Genosse Do-nath stimmte der verlangten Richter- und Staatsanwalts-vermehrung zu, kritisierte aber die Weltfremdheit der Rich-ter. Ebenfalls fand ein Antrag Annahme, zu prüfen, ob nicht bis 1915 in Bremerhaven eine Strafkammer zu errichten sei. In Bremen entfielen auf jede der fünf wöchentlichen Straf-kammerung durchschnittlich etwa 340 im Jahre, in Ham-burg 287; ein Staatsanwalt in Bremen hatte jährlich 2937 Sachen, in Hamburg 2459 Sachen zu erledigen. Die „Gerech-tigkeit“ kommt der kapitalistischen Gesellschaft recht teuer zu stehen. — Ein Versuch des Senats, die abgelehnte Befehdung der internationalen Kaufhausstellung in Leip-zig doch noch durchzudrücken, scheiterte. Man ist auf unsere Baubeamten zu sehr erbittert. Genosse Schröder wies auch darauf hin, daß man die Befehdung von Ausstellungen durch Arbeiter stets abgelehnt habe. — Nachdem man ein Mädchen-seminar errichtet, soll nun auch eine städtische höhere Mäd-chen-schule nebst Studienanstalt errichtet werden. Man hat sich bei der Aufstellung des Projekts nach Hamburg gerichtet. 94 Schülerinnen sollen von 38 Lehrern und Lehrerinnen ausge-bildet werden. Die Vorlage, deren Kostenanschlag sich auf annähernd 1 Million beläuft, wurde an die Baudeputation zurückverwiesen, um zu prüfen, ob Ersparnisse gemacht wer-den können.

### Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** „Gudrun“, Trauerspiel in 5 Akten von Harde. In die Sagenwelt, die den Stoff für die mittel-hochdeutschen Dichter lieferte, führt uns Harde, der Träger des Bolshakillerpreises, in seinem Trauerspiel „Gudrun“ hinein. Die Handlung deckt sich fast völlig mit dem alten Epos gleichen Namens. Gudrun, die Tochter des Königs Hettel, wird von dem Dänenkönig Herwig gefreit, aber noch vor der Hochzeitsnacht von dem Normannenkönig Hartmut geraubt, der sie gleichfalls zur Frau begehrt. Als Gudrun ihrem Gatten Treue hält und sich weigert, Hartmuts Weib zu werden, da wird sie von Gerlind, der Mutter Hartmuts, gedemütigt und muß Magdendienste verrichten und die Wäsche waschen. Aber König Herwig naht und mit ihm die Treuen aus Gudruns Heimat. Der Kampf, der sich nun entspinnt, endet mit dem Stege Herwigs; jedoch stirbt Gudrun, die in heimlicher Liebe für Hartmut erglüht, an einem Dolchstoß, den ihr Gerlind versetzt.

Reich an dichterischer Schönheit, geabelt durch die Pracht einer blühenden Sprache, ist „Gudrun“ auch als Drama wirk-sam. Das bewies die geistige von Herrn Bruno sehr stimmungs-voll inszenierte Aufführung. Die Gudrun wurde von Frl. Pflieger gl als der Stein, in dessen Innern ein zer-brechendes Feuer gliht, hoheitsvoll und mit verhaltener In-brunn gegeben. Nur sprach die Künstlerin stellenweise so leise, daß sie unverständlich blieb. Die Königin Gerlind hatte in Frau L audien, die strenge Herbe mit den warmen Tönen inniger Liebe zu paaren wußte, eine gute Vertreterin. Den Hartmut gab Herr Höp-krast- und temperamentvoll. Ein Rede aus sagen-

hafter Zeit, äußerlich bestechend durch eine charakteristische Maske, war der Bate des Herrn Bruno. Die übrigen Rollen waren gleichfalls mit ersten Kräften besetzt; ihre Leistungen verdienen durchweg Lob. Das zahlreich erschienene Publikum spendete der Dichtung und den Darstellern leb-haften und anhaltenden Beifall. P. L.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Von der Sonderstrafkammer vor dem Schwurgericht.** Die vorher nie erhörte Massen- und Schnelljustiz, die zu Ende des großen Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier eingesetzt und sich dann bis in den Hochsommer hinzog, ist noch in aller Erinnerung. Da konnten Tausende und wieder Tausende von Entlastungszeugen auftreten, sie vermochten in vielen Fällen nicht, die Aussage eines oder einiger Streik-brecher aufzunehmen. Grundigte sich ja die Dame Justitia trotz ihrer verbundenen Augen, was Name und Art die Zeu-gen waren, ob sie zu den „Müßlichen“ oder zu den Streik-ländern gehörten. Wieviele Weineide mögen damals ge-leistet worden sein, glauben doch manche Streikbrecher im Gefühl ihrer unerschütterlichen Sicherheit, auch die unge-heuerlichsten Dinge „drehen“ zu können. Daß sich zum Streikbrecherberuf mancherlei zweifelhafte Personen drängen, ist ja nachgerade bekannt genug. Unser Dortmund-Beitrag stelte sich einen „Müßlichen“ mit langer Zuchthaus-vergangenheit etwas ans Licht, als der Mann als „Belei-digter“ in mehreren Streikprozessen auftrat, da hatte die Justiz sogar nicht übel Lust, gegen den Verantwortlichen der „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ eine neue Auflage zu be-schließen; die Sache verlief indes am Ende im Sande. Ver-schiedene der „Müßlichen“, die in den Streikprozessen eine Rolle spielten, wurden jedoch wegen bringenden Verdachts, Weineide geleistet zu haben, verhaftet. So hatte einer einen Streikenden angezeigt, daß dieser einen „Willigen“ mißhan-delt habe. Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil er be-stimmt nachweisen konnte, wo er zu der betreffenden Zeit gewesen war. Einige Zeit danach wurde der Angeber selbst verhaftet. Er wurde beschuldigt, falsch geschworen und den betrunkenen „Willigen“, mit dem er vorher Streit gehabt, selbst überfallen zu haben. Noch ärger lag folgende Sache: Als auf Zeche „Kaiserstuhl“ in Dortmund die Streikbrüch-erprämien ausgezahlt wurden, suchten zwei „Willige“ eine Bergmannsrau auf, um auch da ihre Arbeitswilligkeit auf-zunehmen, allerdings nicht mit Kohlenhauen. Die Frau wurde in sehr unästhetischer Weise belästigt, als sie für die Mötze der Müßlichen kein Verständnis zeigte. Der eine der Prämiierten schloß sogar mit einem Revolver, den er sich von einem Steiger geliehen. Die Frau blieb im Küchens-schrank stecken. Eine andere Frau hatte von dieser Ge-schichte gehört und sie weiterzählt. Selbstverständlich kau sie in der Zeit der Streikjustizepidemie im Lande der „vol-lendetsten Rechtsgarantien“ vor die Sonderstrafkammer des Landgerichts wegen „Beleidigung“ der knallenden Willigen. In der Verhandlung bestritten diese unter Eid, die Frau belästigt zu haben; geknallt wollten sie nur mit einem Kinderpistölchen haben. Die Sache wurde vertagt; zu einer weiteren Verhandlung wurden die Frau aus dem Küchenschrank und der Revolver des Stei-gers beschafft und ein Büchsenmacher als Gutachter geladen. Zwischendurch wurde die „Arbeiter-Zeitung“ mit „Verich-tigungen“ belästigt, in denen sich die Revolverhelden als „rechtlich denkende Arbeitswillige“ bezeichneten, die nur dieserhalb so verkleumdet würden. In der neuen Verhand-lung stellte sich heraus, daß die Frau aus dem Schrank ge-nau in den vom Steiger geliehenen Revolver paßte. Die beiden bestritten wieder, was die andern Zeugen über ihr Auftreten in der Wohnung der Bergmannsrau ausfragten; der Vorsitzende der Verhandlung sagte den „Müßlichen“ aber auf den Kopf zu, daß sie Weineide geschworen! Die ange-klagte Frau wurde freigesprochen, aber die beiden Willigen kamen vom Fleck weg in Untersuchungshaft! Während der Verhandlung wollte der schon als Zeuge vernommene Steiger rasch noch den draußen wartenden „Willigen“ Mitteilungen machen; der Staatsanwalt bemerkte es aber und holte den Steiger am Arm zurück! Jetzt haben sich die beiden Willigen vor dem Schwurgericht in Dortmund zu veran-worten. Die Anklage lautet auf wissenschaftlichen Meinen-eid in je zwei Fällen. über den Ausgang der Sache werden wir berichten.

### Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

**Vom 19. bis 26. Januar 1913:**  
Sonntag, den 13. Januar, nachm. 3 Uhr: „Zar und Zimmermann“, Oper von Lorking. Abends 7 Uhr: „Ma-dame Butterfly“, Oper von G. Puccini. — Montag, den 20. Januar: „Gudrun“, Trauerspiel von Ernst Harde. — Dienstag, den 21. Januar: Gastspiel von Gertrud Seewald. „Eva“ (Das Fabrikmädel), Operette von Franz Lehár. — Mittwoch, den 22. Januar: „Im weißen Rößl“, Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg. Hieraus: „Kottahens Geburts-tag“, Lustspiel von Thoma. — Donnerstag, den 23. Januar: „Der guttische Jrad“, Komödie von Gabriel Dregelein. — Freitag, den 24. Januar: „Lammhäuser“, Oper von Richard Wagner. — Sonnabend, den 25. Januar: „Madame Butter-fly“, Oper von G. Puccini. — Sonntag, den 26. Januar: „König für einen Tag“, romantisch-komische Oper von Ad. Adam.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Sternichanz-Wichmarkt vom 17. Januar.**  
Auftrieb 4557 Schweine. Markt ruhig geräumt.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 79 — (— bis 63,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 79, — bis 80, — (61,50 bis 62,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 81, — bis 82, — (63,00 bis 64, — Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 78, — bis 79,90 (61,50 bis 63,50 Mk.) Gerinnere Ware, Tara 24 Proz., 72, — bis 77, — (54,50 bis 58,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 74, — bis 76, — (59,00 bis 61,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 68, — bis 73, — (53,00 bis 57,00) Mk.

### Hamburger Butterpreise.

**Hamburg, den 17. Januar.**  
1. Qualität . . . . . 130—136 Mk.  
2. . . . . 120—125 „  
Feiner  
Rusisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt . . . . . 122—123 „  
do. II. do. . . . . 116—121 „  
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter . . . . .

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwint, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: F. H. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Inventur-Ausverkauf!

Die Preisermäßigungen sind ganz gewaltig, teilweise bis zu **75 Prozent.**

495

## Herren = Jackett = Anzüge

sonst bis 19.50 28.50 36.50 46.50 54.50 M

jetzt **9<sup>75</sup> 16<sup>50</sup> 23<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> 34<sup>50</sup> M**

## Herren = Winter = Joppen

sonst bis 6.90 14.50 21.50 28.50 34.50 M

jetzt **4<sup>90</sup> 9<sup>75</sup> 14<sup>75</sup> 19<sup>50</sup> 24<sup>50</sup> M**

## Einzelne Herren = Hosen

sonst bis 2.90 4.40 5.40 7.90 10.75 M

jetzt **1<sup>90</sup> 2<sup>75</sup> 3<sup>90</sup> 4<sup>75</sup> 6<sup>50</sup> M**

## Jüngl. = Paletots u. Anzüge

sonst bis 12.75 15.50 19.75 26.50 32.50 M

jetzt **6<sup>50</sup> 9<sup>75</sup> 12<sup>50</sup> 18<sup>50</sup> 23<sup>50</sup> M**

## Frack- und Smoking-Anzüge

sonst 59.50 bis 74.50 M

jetzt **39<sup>00</sup> 42<sup>00</sup> 49<sup>00</sup>**

## Konfirmanden - Anzüge

sonst bis 12.75 18.50 22.50 32.50 46.50 M

jetzt **6<sup>50</sup> 9<sup>75</sup> 16<sup>50</sup> 23<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> M**

## Knaben-Hosen und Sweater

jetzt **50<sup>s</sup> 95<sup>s</sup> 1<sup>25</sup> 1<sup>75</sup> M**

## Herren-Paletots u. Ulster

sonst bis 18.50 23.50 32.50 39.50 46.50 M

jetzt **9<sup>50</sup> 14<sup>75</sup> 19<sup>75</sup> 26<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> M**

## Herren-Sport-Anzüge

sonst bis 23.50 26.50 32.50 36.50 42.50 M

jetzt **14<sup>50</sup> 18<sup>50</sup> 22<sup>50</sup> 26<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> M**

## Herren-Gummi-Mäntel

sonst bis 26.50 32.50 39.50 44.50 52.50 M

jetzt **19<sup>50</sup> 23<sup>50</sup> 26<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> 36<sup>50</sup> M**

## Knab.-Anzüge u. Paletots

sonst bis 3.50 6.50 8.50 12.50 16.50 M

jetzt **1<sup>90</sup> 3<sup>75</sup> 5<sup>50</sup> 7<sup>75</sup> 9<sup>50</sup> M**

# Rudolph Karstadt.

Trinkt

## Bunte Kuh-Kümmel

Parapharmazie  
Erzeugnisse Bunte Kuh



## Ausverkauf

von zurückgesetzten, guten, halbabaren Korsetts  
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen,  
= ohne Rücksicht auf den früheren Wert. =

Korsettfabrik (378)

Th. Jepsen, Breite Str. 42.

## Schneeweiße Wäsche

gibt Ragoda-Schnellwaschmittel. Ohne Chlor. Garantiert un-  
schädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko  
wertvolle Gegenstände z. B. gegen Zurückgabe von 10 Pf. 1 echt  
Albernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Bestellen Sie Pro-  
spekte beim Kaufmann.

Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als  
bestes Waschmittel. Nicht zu helfen in denen, die es nicht glauben  
und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230)

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-  
verfasser (105) Fünfhaus 13.

## Glasscheiben

aller Art billigst, auch im einzelnen.  
Kitt, Draht, Glaserdien, v. 4 M an.  
Oscar Tauschitz, Fensterglas-Handl.  
Händel-Allee 13. — F. 808. (405)

## Visitkarten

— fl. Effektkarten —  
100 Stück von Mk. 1.— an

Die Buchdruckerei des  
Lübecker Volksboten:

## Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der  
Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.  
Johannstraße 45.

## Willy Koch

:: Zahntechniker ::

Lübeck, Holstenstrasse 21.

## Goldene und silb. Uhren

gut und billig.

L. S. Baruch, Fräulein-Geschäft,  
Händelstr. 35.

## Moderne Photographien

zu billigen Preisen.

Atelier Lubeca, Breitestr.  
13.

Sonn- und Wochentags den ganzen  
Tag geöffnet; des Abends Auf-  
nahmen bei elektr. Licht. (497)

## Wöchentlich Sonntagsdienst

am 19. Januar von 1 Uhr ab. (483)  
Dr. med. Schwarzweiller, Breitestr. 11.  
Dr. Kracek, Sternförder Allee 5a.  
Dr. med. Schür, Schwanstr. Allee 2.

## Inventur - Ausverkauf

letzter Tag. **50%** unter Preis.

## Friedr. Baurenfeind

(478) Schuhwarenhaus, Mühlenstr. 34.

Betten-Duve liefert bestens und billigst.  
102 Gr. Burgstr. 32.

## Inventur - Verkauf.

Ein Posten Backfisch- u. Damen-Kostüme (Modelle)  
neue moderne Fassens jetzt **17.50 M**

Ein Posten schw. u. farb. Kostümröcke  
jetzt **3.50 M bis 7.00 M**  
Wert 5.75 M bis 11.50 M

Ein Posten farb. Damen-Ulster u. -Paletots  
jetzt **7.25 M bis 13.50 M**  
Wert 9.75 M bis 19.50 M

Ein Posten Seiden- und Spachtel-Blusen  
jetzt **3.95 M bis 12.00 M**  
Wert 5.25 M bis 16.50 M

Ein Posten Abendmäntel und Capes  
jetzt **8.75 M bis 14.50 M**  
Wert 12.00 M bis 29.00 M

Ein Posten Herren- u. Knaben-Ulster u. -Paletots  
jetzt **4.50, 6.25, 12.30, 16.75 M**

Ein Posten Herren- und Knaben-Loden-Joppen  
jetzt **4.25, 4.75, 6.00, 7.45 M** 496

## Gebr. Barg

Kohlmarkt 5. Fernsprecher 1739.  
Rote Rabattmarken oder 4% in bar.

## Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

1) Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

## Alle Sorten Brennmaterialien

liefert zu billigst. Preisen frei Haus

Hans Lübecke,

Wickedesir. 33-35. Teleph. 2378.

Bei Lieferung

(112

ab Lager ermäßigte Preise.

Moderne Garnituren durch Zufall  
nur 90 Mk., prachtvolle  
Salongarnitur statt 220 Mk. nur  
165 Mk., direkt an Private, Händ-  
ler verbeten. Lager Wahnstr. 83.  
Inhaber Fachmann. Salon- und  
Auszugstische 18 Mk., Spiegel, Tru-  
meaus, Vertikos, Schreibtische,  
Buffets, Divans, Umbauten, Leder-  
stühle, Schlafzimmer, Küchen, Stühle,  
Wilder jetzt enorm billig. Blüsch-  
garnitur ff. 85 Mk. (152)

Etwa's trockenes

## Buchen-Abfallholz

ab Fabrik 80 Pf. und frei Haus

1 Mt. pro Sad. (4)

F. E. Schacht & Co.,

Tel. 239. Weiskauer Allee 41.

326) Sämtliche

## Brennmaterialien

sowie trockenes Tannenzholz

empfehit

H. Hoffmann, Schönfarnstr. 66.

## Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

VI.

Allmählich gewann bei manchem Bürger doch die Ansicht Geltung, daß sie eigentlich bei dem Regierungswechsel vom Regen unter die Traufe gekommen seien. Sie wurden hierin noch mehr bestärkt, als Lettenborn die an ihn gesandten Senatsdeputierten auffällig lange im Vorzimmer warten ließ, und dann mit den bittersten Vorwürfen und heftigsten Drohungen überschüttete, dabei Hamburg als wahres Muster die Pflichterfüllung pries und endlich die Senatoren mit der Aufforderung entließ, ihm, Lettenborn, schriftlich ihre Rechtfertigungsgründe mitzuteilen. Dies geschah bereits am 28. März in nachfolgendem Schreiben:

„Die Aufforderung, daß Freiwillige sich stellen sollten, ist von dem Herrn Oberstleutnant von Benkenhoff zu Lübeck allein erlassen. Das Bureau dazu ist in seiner Wohnung seit dem 22. März errichtet worden. Es erfolgte keine weitere Aufforderung an den Senat zur Mitwirkung, als in Hinsicht auf die für Ausrüstung und Besoldung erforderliche Kasse, keine Andeutung einer Zahl, die etwa erwartet wäre.

„Die Bekanntmachung des Herrn Oberstleutnant sind sogleich in der Stadt und auf dem Lande, sowie durch das Wochenblatt allgemein verbreitet worden.

„Von der Einwirkung der über die Stellung Freiwilliger schon aus Hamburg eingegangenen Nachricht, und von dem großen Eifer, der auch in Lübeck die wehrhaften jungen Männer befeuert, war der beste Erfolg zu erwarten, und es bedurfte um so weniger anderer Antriebe, da alles freiwillig sein sollte.

„Ueber die Kasse wurde mit der Bürgerschaft beraten, die zu allem Erforderlichen, ohne Einschränkung erbötig war. Eine Aufforderung zu Beiträgen erließ der Senat. Die Bücher zu Unterzeichnungen sind eröffnet. Der Senat unterzeichnete gleich zuerst.

„Der Senat ging auch darin mit dem Beispiele voran, daß drei Mitglieder desselben, die Herren Gütchow, Behne und Nötting, unter allen allein in dem Falle, gegenwärtig wehrhafte Söhne stellen zu können, die Jhrligen einzzeichnen ließen.

„Die Anmeldung ergab am 27. März, mittags, also binnen sechs Tagen, ein Resultat von 272. Viele junge Leute verließen Anstellungen, Gewerbe, Schulen usw.

„Diese Zahl, gegen diejenige gehalten, welche bisher in Hamburg sich gestellt hat, steht nicht außer Verhältnis, wenn man Lübecks Bevölkerung berücksichtigt. Sie beträgt 25400 in der Stadt und vor den Toren, wozu noch höchstens 10 000 im Gebiete zu rechnen sind. Die Anzahl der weiblichen Bevölkerung ist überwiegend.

„Wenn von Hamburg bis zum 27. März, ungefähr 1400 gestellt sind, bei einer Bevölkerung von etwa 130 000 Einwohnern, das mit Lübeck gemeinschaftliche Bergedorfsche — woraus alle Freiwilligen in Hamburg sich einfinden werden — mitgerechnet, so zeigt sich, daß Lübeck schon gegen den fünften Teil ge-

iefert, welches Verhältnis der beiderseitigen Bevölkerung nicht unangemessen ist.

„Außerdem ist in Hamburg ein Zusammenfluß vieler fremder junger Leute, die sich als Einheimische betrachten, oder doch durch die Kriegsereignisse verhindert sind, in ihre Geburtsgegenden zurückzukehren und dort die Waffen zu ergreifen. In diesem volkreichen Orte blieb immer mehr Handel und Gewerbe und mehr Gelegenheit aller Art zum Aufenthalt für junge Leute, als in Lübeck. Das hamburgische Gebiet ist überdies viel volkreicher, als das Lübeckische.

„In Lübeck ist alles anders, zumal bei dem gänzlichen Stocken der Handlung und der Gewerbe. Die sonst beträchtliche Anzahl der Lehrlinge und Gehilfen bei der Kaufmannschaft und bei den Gewerben ist gegenwärtig unbedeutend. Drei Konstriktionen und zwei Aushebungen für die Marine, während der Vereinigung mit Frankreich, haben viele junge Leute weggenommen. Schon vor der Einnahme, im Jahre 1810, mußten junge Seeleute und Fischer als Matrosen an Frankreich geliefert werden. Bei der herannahenden letzten Konstriktion haben viele dazu gehörige junge Lübecker sich geflüchtet, die bisher noch nicht zurückkehren konnten. Knechte aus dem Mecklenburgischen und Pommernischen, Schüler des Gymnasiums, aus der Nachbarschaft, sind dahin zurückgekehrt, um sich dort zu stellen. Die strengen französischen Konstriktionen lieferten zum Teil nur einige vierzig Lübecker.

„Am 26. März erfuhr der Senat, daß ein stärkeres und schnelleres Zutreffen der Freiwilligen erwartet werde, und daß keine oder wenige, aus dem Gebiete der Stadt sich gemeldet.

„Sogleich erging eine dringende Aufforderung an alle in die Stadt besitzenden Bauernvögte und Förster auf dem Lande, das Anmelden der jungen Landknechte zu befördern. Die Prediger wurden ebenfalls dazu verpflichtet. Eine Bekanntmachung, welche Verheißungen, als Handgeld, größeres Sold, Begünstigungen nach der Rückkehr aus dem Felde usw., ja selbst Bedrohungen im Falle des Ausbleibens enthielt, wurde beschlossen. Die Erlassung derselben, wie auch das Ausenden herrittener Freiwilliger, mit Unterstützung der Beamten auf dem Lande, unterließ nur noch bis zur Rückkehr des Herrn von Arnim von Hamburg, der deshalb zuvor mit dem Herrn Obristen, Baron von Lettenborn, reden zu wollen anzeigte. Noch gestern um Mitternacht wurde, nach der Unterredung mit dem Herrn Obristen, ein Schreiben an den Senat erlassen, worin die Befehlshaber jener und anderer befördernden Maßregeln dringend empfohlen wurde.

„Der Senat wünscht nichts sehnlicher, als alle und jede in seiner Gewalt stehenden Mittel zur schnellsten und glücklichsten Beförderung des ihm wahrhaft heiligen und innigst angelegenen Zweckes anzuwenden, unter der sachkundigen Leitung der zu Lübeck anwesenden russisch-kaiserlichen Militärbehörden. Weit entfernt, dabei in Eifer und Betriebsamkeit irgend einer durch den erhabenen Befreier Deutschlands ihrem teuren Vaterlande wiedergegebenen deutschen Stadt nachzugeben, erkennt er vielmehr ganz mit allen Bürgern Lübecks die hohe Verpflichtung

zur kräftigsten Mitwirkung in der großen vaterländischen Angelegenheit.

„Der Senat ersucht den Herrn Obristen, Baron von Lettenborn, angelegentlich, vorstehende Bemerkungen geneigt zu beherzigen und nach Inhalt derselben dasjenige, was bisher in Lübeck für die freiwillige Werbung, sowie von Seiten des Senates geschehen, zu würdigen und wohlwollend zu beurteilen.“

Dieses Dokument hat für die Beurteilung der damaligen schwierigen Verhältnisse einen unschätzbaren Wert. Im Grunde genommen konnte es der unglücklichen Stadt gleich sein, ob sie französisch oder russisch regiert wurde; beide versuchten der so wie so schon ausgeplünderten Stadt auch noch das Letzte zu nehmen. Bis zum 25. März mittags hatte der Senat auf Befehl des „Befreiers“ schon 22 137 Mark an „Geschenken“ und über 30 000 Mark an steuermäßigen Beiträgen von der erschöpften Bevölkerung durch Unterschrift erhoben.

Dem Lettenborn mußte es doch wohl eingeleuchtet haben, daß aus dem entvölkerten Lübeck keine „Freiwillige“ mehr zu haben seien, er warf seine Blicke nun nach dem während der französischen Herrschaft im Besitz des Herzogs von Oldenburg verbliebenen Fürstentum Lübeck. Er erließ an den Präsidenten von Malshahn zu Eutin eine Aufforderung, Freiwillige für die hanseatische Legion zu werben und ließ durchblicken, daß für die Unterhaltung derselben der Lübeckische Staat aufkommen müsse. Ein Kommando Kosaken mußte der Werbung von „Freiwilligen“ den nötigen Nachdruck verleihen.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 17. Januar 1913.

93. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Kurze Anfragen.

Giebel (SD.) fragt an: Ist es zutreffend, daß das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt die Betriebsrenten der Firma Krupp-Essen nicht als Zuschuß- oder Erstattungs im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte, sondern als Lebensversicherungsunternehmen gemäß § 390 a. D. anerkannt hat? Hält der Reichskanzler eine solche Entscheidung für vereinbar mit dem § 390 des Versicherungsgesetzes für Angestellte?

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt ist nicht in die Lage gekommen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ob die Betriebsrenten der Firma Krupp als Zuschuß- oder Erstattungs in Frage kommt; es ist lediglich darüber getragt worden, ob die Krupp'sche Rentenanstalt ein Lebensversicherungsunternehmen im Sinne des § 390 darstellt. Darauf ist die Antwort erteilt worden, daß die Pensionseinrichtungen der Krupp, die als eine Versicherungskasse auf Gegenseitigkeit angeordnet ist, den Voraussetzungen und Anforderungen des § 390 genügen. Die Krupp'sche Pensionskasse gilt als Lebensversicherungsunternehmen und ist als solche vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf anerkannt. Für die Entscheidung im einzelnen Falle ist übrigens nicht der Reichskanzler zuständig, sondern der Rentenausschuß, das Schiedsgericht und das Obergerichtsgericht.

Deichmann (SD.) fragt: Welche Maßnahmen gedenkt der Reichskanzler zum Schutze der in der deutschen Tabakindustrie beschäftigten Heimarbeit zu ergreifen, die in wirtschaftlicher und besonders in gesundheitlicher Beziehung schwer zu leiden haben.

## Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(8. Fortsetzung.)

Ich würde mich nicht damit einlassen, fuhr Frau von Graßwitz fort. Ich muß Ihnen bekennen, daß neulich bei dem Geheimrat davon die Rede war, der ganz meine Ansicht teilte, ebenso Sternau. Es ist schon zu oft geschehen, daß Leute ihr ganzes Vermögen verloren haben, weil sie dies leichtsinnigen Bankiers oder Fabrikanten anvertrauten. Man muß sein Vermögen in Händen behalten, selbst darüber jederzeit verfügen können.

O, das hat gar nichts zu sagen, das ist ganz sicher, fiel der bedrängte Mann jetzt ein. Mein Dufel weiß das am besten.

Dann rate ich Ihnen auf jeden Fall, wenigstens mit ihm zu sprechen, sagte die Tante. Kann Hertner das Geld nicht geben, so ist es seine Pflicht, dafür zu sorgen. Erklären Sie ihm einfach und bestimmt, was Sie vorhaben. Sie sind doch mündig, mein Lieber, und der Herr Stadtrat ist nicht mehr ihr Vormund. Ihre Aussichten müssen ihm Freude machen. — Sie begleitete diese Worte mit einem so spöttischen, scharfen Lächeln, daß der Doktor keinen Widerspruch mehr wagte.

Jawohl, stieß er endlich hervor, er wird sich freuen und kann nichts dagegen einwenden. Sie haben ganz recht, ich werde mit ihm sprechen.

Und das tun Sie heut noch, sagte die Tante in einem befehlenden Tone. Der Tag ist schon, machen Sie einen Spaziergang.

Mit Emma! rief er, indem sein Gesicht sich erheiterte. Wir sind lange nicht bei ihm gewesen.

Für Emma ist es zu weit, bestimmte sie, und dann, mein Lieber, pagt es sich auch nicht, daß sie dabei zugegen ist; endlich aber haben wir versprochen, nachmittags bei Damen Besuch zu machen. Sternau wird uns dazu abholen.

So muß ich denn allein gehen, erwiderte er sanftmütig lächelnd.

Wenn Sie nicht auf meinen Rat hören wollen und Ihre Frau nötigen, ihre Partie deshalb aufzugeben.

Gewiß nicht! rief er erschrocken. Ich will auf keinen Fall ihr eine Freude verderben.

Sie sind gut und verständig, sagte die gnädige Tante zu seinem Lobe. Kommen Sie jetzt, Sternau wird mit uns essen, dann können Sie Ihren Spaziergang machen.

Sie reichte ihm zur Belohnung ihren Arm, und er führte sie freudig in das Zimmer, wo Emma sich befand, und der gedachte Tisch wartete. Die Frau Doktorin plauderte und lachte

mit dem eleganten Kufin, der, als Johannes eintrat, sich nach ihm umwandte und ihm die Hand entgegenstreckte. Kommen Sie her, bester Doktor, sagte er, und unterstützen Sie mich bei Ihrer Frau. Ich habe ihr soeben zwei Vorschläge gemacht, und wir stritten uns nun darüber, wie sie Ihnen gefallen würden.

Mir? fragte Johannes. Gehten sie Dir denn nicht, liebe Emma?

Sie nickte ihm zu. Mir gefallen sie gar nicht übel.

Nun, so bin ich gewiß damit zufrieden, sagte er, indem er Sternau ansah.

Sie wissen doch, erwiderte dieser, daß sich die jungen Damen jetzt vorzüglich mit Radieren beschäftigen?

Eine sehr löbliche Beschäftigung, wenn man Fehler gemacht hat, erwiderte der Doktor.

Emma und die Tante lachten ihn aus, und Sternau stimmte ein. Ich konnte mir es wohl denken, sagte die Frau Majorin, daß Sie an Tintenflecke und dergleichen dachten. Radieren heißt auf Porzellan oder Glas allerlei Zeichnungen machen, was eine höchst artige und geistreiche Beschäftigung ist.

Und da ich dies selbst gelernt und geübt habe, fuhr Sternau fort, auch verschiedener junger Damen erfolgreicher Lehrmeister war, so bot ich mich auch hier zu denselben Diensten an. Kusine Emma meinte jedoch, sie wüßte nicht, ob ihre Zeit es erlaubte, und ob Sie nichts dagegen einzuwenden hätten.

Nicht das geringste, rief der Doktor erfreut. Wenn es Dir Vergnügen macht, liebe Emma, und Herr von Sternau Dich darin unterrichten will, ist es gewiß ein recht artiger Zeitvertreib.

Und obendrein wirtschaftlich vorteilhaft, sagte die gnädige Tante. Ich kenne Damen, welche sich ganze Dutzende Teller und Tassen aufs zierlichste radieren, alle ihre Geschirre damit ausschmücken und allgemeine Bewunderung damit erregen.

Dem Doktor radieren wir ein neues Tintenfaß mit hetturischen Vasen und den schönsten Apis- und Ammons-hörnern, sagte Sternau. Was aber meinen zweiten Vorschlag betrifft, bester Freund, so folgt er aus dem ersten. Die anstrengende sitzende Arbeit erfordert Bewegung, und da es ebenfalls jetzt zu den Lieblingsneigungen der Damen gehört, den Pegasus zu besteigen, so kann gar nichts Besseres geschehen, als wenn Kusine Emma die Zügel ergreift, welche ihr überall gehören.

Das klingt ganz poetisch, meinte Johannes lächelnd.

Und was kann denn auch poetischer sein in unserer nächstern Zeit, versetzte Sternau, als eine junge schöne Frau im aufgeschlagenen Schleierhut, im laugen ritterlichen Kleide, auf schaumwerfendem Roß durch Wald- und Frühlingsluft

agend? Wenn Sie erst im Park wohnen, lieber Doktor, können Sie jeden Tag eine poetische Morgenstunde damit feiern. Kusine Emma reitet dann alle Tage, die Beschaffung des Pferdes überlassen Sie mir. Ich weiß ein ausgezeichnet schönes Tier, das um billigen Preis zu haben ist.

Der Doktor hörte ganz erstaunt und erstarrt zu. Das Lächeln blieb auf seinen Lippen, aber seinem Gesicht sah man es an, daß er einen tiefen Widerwillen empfinden mußte. Reiten, o! sagte er dann endlich, indem er seine Hände rieb.

Sie können alle Tage ein Duzend Damen im Park finden, rief Sternau. Die feinsten, elegantesten Frauen haben Leidenschaft dafür; auch Kusine Emma hat, als ihr Vater noch lebte, diesen öfter zu Pferde begleitet.

Es ist wahr, Johannes, fiel Emma ein. Ich war damals freilich noch ein Kind, aber mein Vater erregte sich daran, und der Arzt meinte, es sei mir gut.

Alle Ärzte empfehlen es, sagte die Tante mit dem Tone der Weisheit; auch ist es ein nobles Vergnügen und durchaus schicklich, denn in England reiten alle Damen.

Es ist aber doch wohl ziemlich gefährlich, erwiderte der Doktor schüchtern, und ich halte es — was sich ihm in den Mund drängte, sprach er nicht aus, aber er setzte leiser hinzu; ich halte es wenigstens nicht für üblich.

Durchaus nicht gefährlich! lachte Sternau. Das Beste tut ein ruhiges, sicheres Pferd, und daran soll es nicht fehlen. Kusine Emma kennt die Handgriffe schon, ich begleite sie als untertänigster Diener und Beschützer. In vierundzwanzig Stunden ist ein Reitkleid zu haben und was sonst nötig ist; wir üben zuerst, fahren in den Park, steigen dort auf, und in drei Tagen ist die Reiterin vollkommen.

Aber, mein Lieber, sagte die Tante mit ihrem scharfen Lächeln, und ihre Augen nahmen den durchdringenden Blick an, der sich auf den immer noch schweigenden Mann einbohrend richtete. Sie müßten doch zugestehen, daß sich keine ernstlichen Bedenken dagegen erheben lassen, wenn Emma damit einverstanden ist. Bei ihrer Kränklichkeit, ihrem Blutandrang, ihren Kopfschmerzen und allerlei Leiden kann es nichts Heilameres geben, und wenn dies vortreffliche Bewegung in frischer Luft nicht allgemeiner ist, so liegt dies teils an Verwechslung und Vorurteilen, teils daran, daß nur vornehme oder reiche Leute sich damit einlassen können. Eine Krämerfrau zu Pferde wäre allerdings höchst lächerlich, dazu muß man der höheren Gesellschaft angehören. Ein geborenes Fräulein von Trenenbild ist jedoch dazu berechtigt, und die Tochter eines Offiziers noch mehr. Was Emmas Vater gern sah, wird doch Ihnen nicht auffällig erscheinen wollen, und wenn es Emma Vergnügen macht, haben Sie gewiß nichts dagegen.

(Fortsetzung folgt.)

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Unterm 23. April 1907 ist dem Reichstag bereits ein Gesekentwurf betr. die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie vorgelegt worden, der jedoch nicht zur Verabschiedung gelangt ist. Nach § 10 des Hausarbeitsgesetzes kann der Bundesrat Bestimmungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter erlassen. Es wird beabsichtigt, dem Bundesrat möglichst bald eine Vorlage zu geben über die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit. Ein entsprechender Entwurf ist im Reichsamt des Innern hergeleitet worden und unterliegt der Begutachtung der betreffenden Ressorts. Die Bestimmungen sollen eine Besserung der Lage der in der Tabakindustrie beschäftigten Hausarbeiter herbeiführen. Zu der Frage von Fachauschüssen der Hausarbeiter Stellung zu nehmen, hat der Bundesrat bisher noch keine Gelegenheit gehabt.

Baudert (SD.) weist auf den am 1. Januar 1913 vollzogenen Gebietsaustausch zwischen dem Großherzogtum Sachsen und dem Herzogtum Meiningen hin. Beide Regierungen haben erklärt, daß die eingetauschten Gebietsstücke aus den Reichstagswahlkreisen des abtretenden Staates ausgeschieden und einem Kreise des Staates zugeteilt werden sollen, dem sie zugefallen sind. Redner fragt, ob ein entsprechender Antrag beim Bundesrat gestellt ist und ob der Reichstanzler zu der beabsichtigten Wahlkreisänderung die verfassungsmäßige Zustimmung des Reichstages herbeizuführen gedenkt.

Direktor im Reichsamt des Innern Lewald: Die Änderung der Reichstagswahlkreise ist von den beiden Regierungen bei dem Reichstanzler in Anregung gebracht. Eine entsprechende Vorlage wird vorbereitet.

Stolle (SD.) fragt: Ist der Reichstanzler bereit, Konsult darüber zu geben, ob Österreich-Ungarn seine Zustimmung zu der Erhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe erteilt hat.

Will. Geh. Legationsrat Lehmann: Österreich-Ungarn hat seine Zustimmung zur Erhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe bisher nicht erteilt.

Bietmeyer (WBg.) fragt, ob der Reichstanzler entprechend den wiederholten Anträgen der Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.), die Heimarbeit der Tabakindustrie reichsgesetzlich zu verbieten gedenkt.

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Der Reichstanzler hat nicht die Absicht, ein Verbot der Hausarbeit in der Tabakindustrie anzulegen.

**Etat des Reichsamt des Innern.**

**5. Tag.**

Hoff (Sp.): Zu einer einheitlichen Politik in Deutschland gehört, daß das preussische Wahlrecht dieselbe Grundlage hat wie das Reichstagswahlrecht. (Sehr wahr! links.) So lange die Herrschaft der Junker in Preußen nicht gebrochen ist, ist an einen Fortschritt in Preußen nicht zu denken. (Sehr wahr! links.) Die Aufrechterhaltung des öffentlichen Wahlverfahrens in Preußen ist ein Schritt auf die angebliche Mittelstandsfrömmlichkeit der Konservativen, das kann Herr Hertel mit all seinen Wägen und Mähgen nicht verdecken. (Präsident kämpft mit dem Ausdruck „Wägen“ gegenüber einem Abgeordneten. Heiterkeit.) Das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung zur konservativen Partei ist im letzten Sinne begriffen. (Lachen rechts.) Ganz Schleswig-Holstein hat keinen einzigen Konservativen mehr gewählt. Herr v. Bolko hat im Jahre 1909 nicht ein, sondern sogar zwei Abkommen mit der Sozialdemokratie geschlossen und zwar schriftlich. (Hört, hört! links.) In einer Versammlung blieb er auf dem Jura, durch die Zustimmung zur Reichsfinanzreform habe er kein Ehrenwort gebrochen, die Antwort schuldig. (Hört, hört! links.) Ich frage deshalb, ob Herr v. Bolko den Mut hat, hier im Reichstag diese Abkommen abzuleiten. Redner geht des weiteren auf die Wirkungen der Zollpolitik ein. Ein vorläufiger Abbau der Zölle ist unbedingt notwendig. Der Staatssekretär sollte zum mindesten erklären, daß an eine Erhöhung der Getreidezölle unter keinen Umständen zu denken sei. (Sehr richtig! links.) Die glänzende Lage, in die angeblich unsere Wirtschaftspolitik das deutsche Volk gebracht hat, beschränkt sich auf sehr enge Kreise. (Sehr richtig! links.) Selbst der Bund der Industriellen hat 1911 in Stuttgart eine Schwächung des inneren Marktes festgestellt, das sollte doch auch dem Staatssekretär zu denken geben. Wir beantragen in einer Resolution eine wissenschaftliche Untersuchung der Wirkungen der Zollpolitik; denn die Wirtschaftspolitik ist an sich keine politische Frage, erst die Konservativen haben sie dazu gemacht. (Lebhafte Zustimmung.)

Hansen (Däne) bringt Beschwerden über Verletzungen des Vereins- und Versammlungsrechts in Schleswig-Holstein vor, der Staatssekretär möge dafür sorgen, daß diese berechtigten Klagen abgeklärt werden. (Zuruf bei den Soz.: Das erlaubt Dänisch nicht!)

Wasmuth (Rp.) befreit gegenüber dem Abg. Hoch, daß vor 100 Jahren die Junker einen vertraulichen Brief seines an den König von Preußen den Franzosen in die Hände gespielt hätten, und tritt dann für den Erfolg eines Verfassungsvertrages ein. Es muß dem Treiben gewissenloser Bankiers entgegengetreten werden, vor den Schwierigkeiten darf die Regierung nicht zurückweichen. (Sehr richtig! links.)

Brandes (Wolg.) tritt für eine gezielte Regelung der Beschäftigung der ausländischen Arbeiter ein. Sie müssen sowohl vor gewöhnlichen Krankheiten geschützt werden, als auch in den Arbeitszeiten. Die Behandlung und Beschäftigung auf den Höhen ist bei jeder Beschäftigung und kann nur als geradezu menschenunwürdig bezeichnet werden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz. und den Soz.)

Brähne (SD.): Wir Sozialdemokraten machen das Vertrauen um die Gänge der Handwerker nicht mit. Die Handwerker glauben auch gar nicht all das, was Sie ihnen von uns erzählen. Das beweisen die letzten Wahlen. Herr Zel meinte, der Reichstag gebe genügend Anregungen zum Schutze der Handwerker, er sei an ihrem Elend nicht schuld. Aber der Reichstag hat die Handwerker schwer geschädigt. Ich erinnere nur an den letzten Zolltarif. Ich erinnere an die Reichsfinanzreform. Unter der allgemeinen Teuerung leiden die Handwerker ebenso wie die Arbeiter. Gerade die kleinen Mittelständler sind durch die Folgen der letzten Finanzreform besonders gerichtet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter hat gerade die kleine Bauernschaft und die kleinen Schenken am meisten gelitten. Stellen Sie in den Verhältnissen bei den letzten Wahlen fest, wie gerade die Handwerker und Gewerbetreibenden über die Finanzreform geschädigt haben, wie von all den Mägen, die auf Sie herabgeschienen, nur ein kleiner Teil in Erfüllung gegangen, so wäre es der Handwerker und dem Zentrum noch viel schlimmer gegangen. Unsere Arbeiter sind immer noch durstig, unsere Arbeiter sind immer noch durstig, unsere Arbeiter sind immer noch durstig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wer ist denn bei der Reichsfinanzreform am meisten für die Handwerker eingetreten? Die kleine Mittelständler, in denen die Handwerker sich freiwillig verheiratet, und durch die R. A. O. dem Teile gewährt, und nicht einmal, die Handwerker und kleine Gewerbetreibenden dem Reichsfinanzgesetz zu unterwerfen, ist ebenfalls richtig. Das hat ungeheuer viel böses Blut gemacht. Seine Arbeit hat der kleine Handwerker verloren, er ist aber noch im Ansehensfall des Ansehens zu bringen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Reichstag bringt Sondererlassungen der kleinen Handwerker gerade

zu zum Ruin. Die Leute aus den besten Gesellschaftsklassen, mit Neineinkommen, lassen den kleinen Handwerker monatelang und jahrelang auf Bezahlung warten. Sie reden so viel von der Unterstützung des Handwerks, aber gerade die Reichen gehen nicht in die Hinterhäuser und in den vierten Stock zu dem kleinen Handwerker, sie gehen viel lieber ins Warenhaus, wenn sie auch hinterher über das Warenhaus schimpfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Zentrum rühmt sich seiner Handwerkerfreundlichkeit. Ein zum Zentrum gehöriger Buchbindermeister schreibt mir bittere Klagen, daß er mit seinem kleinen Geschäft garnicht mehr existieren kann, weil alles von den Kaplänen in großen Posten bezogen und an die Familien abgelassen wird. Den Bauern wird gesagt, wenn sie die Gebetbücher direkt von den Pfarrern beziehen, sind die Bücher viel katholischer. (Große Heiterkeit.) Ein Schmiedemeister klagt darüber, daß gerade die Großagrarien alles, sogar die Hufnägel, aus der Fabrik beziehen. Daß beim Submissionswesen große Uebelstände bestehen, gebe ich gerne zu. Die könnten am besten von den Gewerbetreibenden selbst beseitigt werden, wenn sie sich zusammenschließen und sich nicht so schändlich unterbieten. Die Handwerker, die bei Ausschreibungen so abnorm billige Angebote machen, müßten in die Fortbildungsschule geschickt werden, damit sie erst einmal kalkulieren lernen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Handwerkerzeitung in München schreibt in einem „Meist Einigkeit, weniger Konkurrenz“ überschriebenen Artikel: Die Handwerker haben zu wenig ausgeprägtes Solidaritätsgefühl. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie verlangen die Aufhebung des § 100 a, der von der Festsetzung der Preise handelt. Uns Sozialdemokraten könnte das recht sein; ich fürchte nur, daß, wenn der Paragraph aufgehoben wird, gerade die kleinsten Handwerker unter die Räder kommen. Man gewährt ja schon jetzt den Zwangsinnungen immer mehr Rechte und immer mehr Macht, und die Zwangsinnungen benutzen sie zur Ausübung eines ganz ungeheuerlichen Terrorismus. Darin hat gerade die Zwangsinnung der Bäcker in letzter Zeit Ungeheuerliches geleistet. So hat die Bäckereinnung in Mainz, ebenso in vielen anderen Städten, die Mitglieder Wechsel über 200 Mark unterschreiben lassen, die fällig werden, wenn das Mitglied einen Tarif mit den Gesellen anerkennt. Im schlimmsten hat es die Innung in Magdeburg getrieben. Dort sollte jeder Bäckereimaster pro Tag 20 Mk. zahlen, wenn ein Platz im Fenster hat, daß er die Forderungen der Gesellen bewilligt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Vorgehen der Bäckereinnung bedeutet vielfach nicht nur Terrorismus,

**sondern groben Unfug und geradezu Erpressung.**

(Sehr wahr! bei den Soz.) In Berlin versuchte die Innung den Bäckern, die die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten, das Belommen von Heje unmöglich zu machen. Das ist

**Terrorismus der schlimmsten Art.**

Der Staatssekretär Dr. Delbrück sprach von der wunderbaren Disziplin unserer Parteigenossen und meinte, wir sollten dafür sorgen, daß keine Gesetzesverletzungen bei Streiks vorkommen. Das tun wir. Wir wissen, daß wir eine wohlgeordnete Partei haben, und daß das Wort eines Ordners von uns manchmal mehr Ruhe schafft, als ein hundert Volzhiffen. Der Staatssekretär hätte aber auch ein paar ernste Worte an die Unternehmer richten sollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Streik ist nur das letzte Mittel, zu dem Arbeiter greifen, und könnte oft durch ein wenig Entgegenkommen der Unternehmer vermieden werden. Die Unternehmer sollten sich auch daran gewöhnen, nicht immer den Herrenstandpunkt herauszufahren. Es ist eine geradezu unerhörte Macht, die ein einzelner Unternehmer hat, Tausende von Arbeitern auszusperrern. Für die Arbeiter ist durch die Teuerung aller Artikel das Leben unerträglich geworden, die Großindustrie aber hat in den letzten Jahren geradezu glänzende Geschäfte gemacht. So haben die höchsten Farbwerke 10,8 Millionen an Dividende verteilt, und über 2,5 Millionen an Lantime. In den Unternehmertreibern wird auch ein ganz unerhörter Luxus getrieben, nur für eine geringe Lohnerhöhung ist niemals Geld da. Die Arbeiter würden schlechte Familienväter sein, wenn sie nicht einen Lohn verlangten, der wenigstens einigermaßen zur Erhaltung der Familie ausreicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie reden so viel vom Schutze der Arbeitswilligen. Wenn Sie wüßten, aus was für Leuten sich diese zusammensetzen, würde wohl mancher anders sprechen. Unter den Arbeitswilligen finden wir Leute, die nur arbeiten, wenn mal ein Streik ausgebrochen ist. Der Staatssekretär wies auf die ungeheuerliche Zahl von 2000 Verurteilungen anlässlich des letzten Bergarbeiterstreiks hin. Bären Militär und Maschinengewehre weggebracht, so wäre noch nicht die Hälfte der Verurteilungen vorgetommen. Die Arbeitswilligen werden schon von den Unternehmern genügend geküßt, sie werden mit Schlagringen und Dolchmessern ausgerüstet, und mehe dem Arbeiter, der solchen Arbeitswilligen zu nahe kommt. Ich erinnere nur an den Fall in Magdeburg, wo ein Arbeiter von einem Arbeitswilligen ohne jede Veranlassung niedergeschossen wurde. Inzwischen hat das Schwurgericht diesen Mörder freigesprochen. (Zuruf bei den Soz.: Hat er noch keinen Orden bekommen?) Aber machen Sie nur neue Ausnahmegerichte! Wir haben das Sozialistengesetz überstanden, wir haben den Fürken Bismarck mit seinen Maßregeln niedergeworfen, wir wüßten uns auch nicht vor neuen Ausnahmegerichten! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. Pfeiffer (Z.): Gegenüber den schweren Vorwürfen des Abg. Hansen hat sich die Regierung vollständig in Schweigen gehüllt. Der von ihm erwähnte Fall des Verbot eines Gottesdienstes ist vollkommen ungeschiedlich. Der Gottesdienst fällt noch nicht unter das Vereinsgesetz. (Sehr richtig! im Zentrum.) Unter das Stellungsvermittlergesetz sollten auch die Konzentrationen fallen. Vielfach werden geradezu Hungerlöhne an Angehörige des geistigen Proletariats gezahlt. (Hört, hört! b. d. Soz. und sehr richtig!) Die von dem Abg. Fischer mitgeteilte schlechte Behandlung der Stelle eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters am Germanischen Museum ist ein trauriger Beweis dafür. Die Regierung sollte auch einmal Maßregeln gegen diese Unterbietung auf dem Gebiet der geistigen Arbeit ergreifen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich stimme mit dem Redner vollkommen darin überein, daß die Art, wie man im deutschen Reiche angeht, den Wert der Kopiarbeit, den Wert der Bildung des studierten Arbeiters, einzuschätzen gegenüber der Honorierung der Handarbeit ganz unzureichend ist. Aber es ist ganz unmöglich, nun auf einmal die Gehälter der studierten Beamten zu erhöhen. Das Germanische Museum besteht in eine Stiftung unter Aufsicht der Kgl. Preussischen Regierung. Auf die dort gezahlten Gehälter hat die Reichsregierung keinen Einfluß. Auf Beschwerden, wie sie der Abg. Hansen vorgebracht hat, habe ich stets grundsätzlich ein Eingehen abgelehnt, insofern ich ihre tatsächlichen Unterlagen nicht nachprüfen kann, und der Fall von der Zentralinstanz des betreffenden Staates noch nicht entschieden ist. Ich kann also nur empfehlen, die Entscheidung des preussischen Ministers des Innern herbeizuführen. Sollte dies nicht im Einverständnis mit dem für die Durchführung des Reichsfinanzgesetzes vom Reichstanzler festgelegten Grundsatzen, so werde ich sofort das Erspöndliche veranlassen.

Abg. Meyer-Selle (Katl.) erklärt sich mit dem Staatssekretär einverstanden, daß der Schutz der Arbeitswilligen nur im Rahmen des allgemeinen Strafrechts zu erreichen

sei, und spricht dann über die Arbeitszeit in den Wäzwerken, die seiner Meinung nach keineswegs so lang ist.

Staf Ranz (K.): Die Getreidepreise sind so niedrig, wie seit 20 Jahren nicht. Die Produktionskosten sind aber in diesem Zeitraum angenehm gestiegen. (Sehr richtig! rechts.) Die Steinföhle dagegen, das Brot der Industrie, ist außerordentlich teuer geworden. Das aber nimmt man ruhig hin; ich finde wenigstens in der sozialdemokratischen Presse darüber keine Klagen. (Oh! bei den Soz.) Auch Schuhe und Kleider sind teurer geworden, obwohl die Rohstoffe billiger geworden sind. Also sind nicht die Zölle daran schuld, sondern ganz allgemeine Verhältnisse. Auch die gestiegenen Wohnungspreise lassen sich sicher nicht auf den Zolltarif zurückführen. Die hohen ländlichen Bodenpreise halte ich nicht für gefund, denn sie führen vielfach zum Verkauf von Gütern, auf denen ein großer Teil des Kaufgeldes als Schuld stehen bleibt. Das führt geradezu zu einer wirtschaftlichen Katastrophe. (Sehr richtig! links.) Die hohen Grundstückspreise führen zu schnellem Verkauf der Güter auf Spekulation, ohne daß die Wirtschaft verbessert wird. (Sehr richtig! links.) Die Preise sind gestiegen, weil das Gold, dessen Produktion in den letzten 25 Jahren um das Vierfache gesteigert worden ist, billiger geworden ist. Die Fleischteuerung ist international und kann deshalb durch die Maßnahmen der Regierung nicht beseitigt werden. An der allgemeinen Teuerung haben nur die Reichsanleihen keinen Anteil, die im Kurse gestiegen sind. Künstliche Mittel, wie Zwang auf die Sparfassen, ein Teil der Bestände in Konsols anzulegen, können nichts helfen. Mit allen Mitteln müssen wir dafür sorgen, daß der Goldbestand der Reichsbank stets ausreichend ist. Das ist für einen Kriegfall sehr wichtig. (Sehr richtig! rechts.) Auf Kriegsanleihen dürfen wir uns nicht so sehr verlassen; das beweisen die Erfahrungen von 1870. Auch mit der Silberprägung sollte man stärker vorgehen. Redner fragt zum Schluß an, ob unsere Rechte in bezug auf die Benutzung des Panamakanals gewahrt seien. (Bravo! rechts.)

v. Deryen (Rp.) tritt für eine höhere Besteuerung der Warenhäuser ein. Zum mindesten sollte ihnen verboten werden, auch aufs Land hinaus mit ihren Automobilen Waren zu schaffen. (Heiterkeit links.)

Mumm (WBg.) befürwortet eine weitgehende Wohnungsfürsorge. Der Staatssekretär sollte eifriger dahinter sein. Man sollte ihm nach englischem Muster 5 Pfund = 100 Mark vom Gehalt abziehen, um seinen Eifer anzuspornen. (Heiterkeit.) Der konservativen Resolution über das Verbot des Streikpostens können wir nicht zustimmen. Dem sozialdemokratischen Grundsat: erst rot, dann Brot! (Lachen bei den Soz.) kann nur begegnet werden durch Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Herr Mumm sagte zwar, daß er mich lieb hat. Aber nach dem Worte der Bibel: Wer sein Kind lieb hat, der züchtigt es, hat er mir nachher stidweise Abzug meines Gehalts angedroht. (Heiterkeit.) Minister durch Ordnungsstrafen von 100 Mark zu schnellerem Arbeitstempo zu erziehen, dürfte aber doch ein Versuch mit untauglichen Mitteln sein. Da jetzt der Moment gekommen ist, wo mir mein Gehalt bewilligt werden soll (Heiterkeit), will ich zu seinen sachlichen Ausführungen nur bemerken, daß wir in der Fürsorge für die Wanderarbeiter auch schon weitergekommen sind.

Damit schließt die Debatte. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Die Weiterberatung des Etats vertagt das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Vorher kurze Anfragen.) Schluß 7 Uhr.

**Aus der Partei.**

Das Protokoll des Parteitag des preussischen Sozialdemokratie ist in Vorbereitung. Die Parteibuchhandlungen und Organisationen werden gebeten, Bestellungen bis spätestens 25. Januar an die Buchhandlung Borswärtz, Paul Singer, G. m. b. H. Berlin gelangen zu lassen. Später eingehende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Wieder ein sozialdemokratischer Stadtverordnetenwähler-Vertreter. Genosse Scholz wurde mit 47 gegen 12 Stimmen zum Stadtverordnetenwähler-Vertreter in die Stadtverordnetenversammlung von Neufölln gewählt.

Verbreitungsprozeß. Der Verantwortliche der „Volkswacht“, Gen. Schädlich, wurde vom Schöffengericht in Detmold zu 50 Mk. Geldstrafe wegen Verleumdung dreier Redakteure in der Detmold erscheinenden „Landes-Zeitung“ und „Tages-Zeitung“ verurteilt. Diese Zeitungen hatten im September nach dem Chemnitzer Parteitag einige Ausfälle auf die Sozialdemokratie unter Beziehung auf den Parteitag gebracht, und die „Volkswacht“ wies diese Ausfälle dann unter Hinweis auf die zahlreichen Prozesse zurück, durch die sich die genannten Zeitungen gegenfeitig von dem im Wahltampfe erfolgten Anpöbelungen reinzuwaschen versucht haben. — Als im August die Fleischnot in verschiedenen Orten des teuren Vaterlandes verelendete Proletariat zum Essen des fleisches verwendeter Tiere trieb, berichtete das „Halle'sche Volksblatt“ auch einen ähnlichen Fall aus Düben, wo bei einem Gelegenheitsfleischer im Keller von der Polizei Fleisch eines verendeten Hundes gefunden sein sollte, und der Verdacht bestand, daß die fehlenden Fleischteile als menschliche Nahrung verwendet worden waren. Unser Parteiblatt knüpfte daran eine Kritik, durch die sich der Gelegenheitsfleischer Vertsch beleidigt fühlte, obgleich dieser gar nicht genannt worden war. Das Schöffengericht erkannte gegen Gen. Kasparek auf 200 Mk. Geldstrafe.

Die unerschrockenen Treppentufen. Am vergangenen Sonntag beabsichtigten unsere Genossen in Mehle bei Hildesheim eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Sie ahnten aber bei der Vorbereitung der Versammlung wohl nicht, daß — die Treppentufen des Versammlungsorts als Unternehmen vereitelt wurden. Es erregte schon ihr Erkennen, daß vor der Versammlungseröffnung zwei Gendarmen eifrig mit einem Zollrod an der zum Saal hinaufführenden Treppe herumhantierten. Doch bald erjahen sie des Rätsels Lösung: die Treppentufen hatten einen um einige Zentimeter zu schmalen Aufsatz, auch waren die Stufen ein paar Zentimeter höher, als eine beinahe dreißig Jahre alte Verordnung erlaubt. Um nun die Versammlungsbefucher der in diesen Mängeln liegenden großen Lebensgefahr nicht auszulehnen, hatte das Landratsamt in Gronau das Stattfinden der Versammlung unter Androhung einer Strafe von 150 Mk. bzw. zwei Wochen Haft verboten. Selbstverständlich hatte diese bedachtame Fürsorgemaßnahme den entgegengekehrten Erfolg, als das Landratsamt in Gronau wohl angenommen hat, denn den Vertrauensmann des Bezirks konnte man nachher mit einer recht erheblichen Anzahl Beikritikerklärungen zur Parteiorganisation schmunzelnd abhelfen sehen.

**Gewerkschaftsbewegung.**

Geschickerte Tarifverhandlungen im Holzgewerbe. Der Vorstand des Unternehmerverbandes hatte die Arbeitsevertreter zum 16. Januar zur Fortsetzung der zentralen Verhandlungen nach Berlin eingeladen. Zu eigentlichen

Verhandlungen kam es jedoch nicht. Die Unternehmer hatten am 3. und 4. Januar einen außerordentlichen Verbandstag abgehalten, auf dem der Vorstand und die Delegierten des Unternehmerverbandes sich aufeinander gegenständig scharf gemacht haben. Das Ergebnis dieses Verbandstages war wieder ein umfangreiches Schriftstück, das der Vorstand des Unternehmerverbandes gleich zu Beginn den Arbeitervertretern vorlegte, als „Angebot der Arbeitgeber“. In diesem Schriftstück war für jeden Ort das Angebotsdatum, das die Unternehmer zu machen bereit sind, verzeichnet. Sie wollten hiermit dreijährige Verträge abschließen, während der Holzarbeiterverband bekanntlich eine vierjährige Vertragsdauer wünscht. Weiter wollen die Unternehmer in ihrem Angebot eine Verkürzung der Arbeitszeit nur für ganz wenige Städte aufgeben, die eine ungebührlich lange Arbeitszeit haben; wo die Arbeitszeit schon 54 Stunden wöchentlich oder weniger beträgt, soll eine Verkürzung völlig ausgeschlossen sein. Eine Lohnerhöhung soll für jedes der drei Vertragsjahre eintreten und zwar jedes Jahr um einen Pfennig; doch soll diese „Lohnerhöhung“ nur unter Umständen gewährt werden. Die Arbeitervertreter machten in der Verhandlung nach Kenntnisnahme des Angebots der Unternehmer den Vorbehalt, dieses Angebot als Grundlage für nun zu eröffnende Verhandlungen für die einzelnen Städte zu machen. Die Unternehmer lehnten jedoch diesen Vorschlag entschieden ab und erklärten, daß ihr Angebot ein einheitliches Ganzes darstelle, an dem nichts geändert werden dürfe; es könne nur angenommen oder abgelehnt werden. Die Arbeitervertreter lehnten das Ultimatum der Unternehmer ab und somit waren die Verhandlungen gescheitert. — Ob es vor Ablauf der Verträge zu neuen Verhandlungen kommt, ist sehr zweifelhaft. Die Verträge laufen schon am 15. Februar ab und würde die kurze Zeit bis dahin für eine ordnungsmäßige und gewissenhafte Durchberatung der Verträge nicht genügen. Die Unternehmer hatten 1907 in Berlin die Parole herausgegeben: Ohne Vertrag keine Arbeit! Wenn sie auch diesmal an diesem Grundsatz festhalten, dann muß zum 15. Februar mit einer Ausperrung in der Holzindustrie gerechnet werden, die, wenn es nach den Wünschen des Unternehmerverbandes geht, etwa 50 000 Arbeiter umfassen würde.

**Auf dem Verbandstag der Bauarbeiter** referierte Silberkämmerer in eingehender Weise über die Tarifbewegung 1913. Redner wies darauf hin, daß die Bauarbeiter nicht den Krieg, sondern die Besserstellung ihrer Verhältnisse wollen. Die Forderungen präziserte er wie folgt: Wir müssen die allgemeine Lohnerhöhung und einen Ausgleich in den Gebieten, wo die Löhne sehr verschieden sind, verlangen. Eine Arbeitszeitverkürzung ist in den Gebieten durchzuführen, wo sie als notwendig erachtet wird. Und daneben erstreben wir eine Änderung des Vertragsmusters. Auch die Bestimmungen für die Akkordarbeit müssen geändert werden. Es muß der Grundsatz aufgestellt werden, daß die Akkordarbeit nur dort durch Vertrag gestattet wird, wo sie tatsächlich üblich ist. Ferner muß die Frage des Arbeitsnachweises einer gründlichen Regelung und Änderung unterzogen werden. Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: So friedlich auch die Sache heute aussieht, so muß doch an unsere Kollegen die Warnung ergehen, sich darauf vorzubereiten, daß es nicht immer friedlich gehen wird. Wir müssen uns so rüsten und so klar um Gesecht machen, daß wir jeder Situation gewachsen sind. Geben wir uns keiner allzu großen friedlichen Stimmung hin. Bleibt der Friede erhalten, so freuen wir uns, kommt es aber zum Kampf, dann werden auch diesmal die deutschen Bauarbeiter in alter Einmütigkeit und Disziplin ihren Mann stellen! Debattelos und folgende Resolution einstimmig Annahme: „Der Verbandstag stimmt den bisherigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes in Sachen der Lohnbewegung zu. Er beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit dem Aktionsausschuß die notwendig werdenden Verhandlungen weiterzuführen, und hat das Vertrauen zu den Verbandsvertretern, daß sie die Interessen der Bauarbeiter in jeder Hinsicht wahren werden. Der Verbandstag erneuert die früheren Beschlüsse, wonach die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung etwaiger Angebote nur durch den Verbandstag getroffen werden kann.“

Nach einer längeren Debatte wurden sämtliche Anträge auf Abänderung des Statuts einer 21gliedrigen Kommission überwiesen. Die Mehrzahl der Redner sprach sich gegen die geplante Änderung des Gauleiterstems aus. Die Angelegenheit Vorstand gegen Ausschuß fand durch Abgabe folgender Erklärung ihr Ende: „Die bei den Streitfragen in erster Linie hervorgetretenen Kollegen Baepow, Silberkämmerer und Dachne geben für ihre Person die Erklärung ab, daß keiner von ihnen die Absicht gehabt hat, durch eine Maßnahmen den andern zu verletzen. Baepow und Dachne erklären zugleich für den Verbandsvorstand und den Verbandsausschuß, daß keine dieser Körperschaften die Absicht gehabt hat, durch ihre Maßnahmen Gegensätze heraufzubeschwören, wie sie scheinbar auf dem Verbandstage hervorgetreten sind. Die drei genannten Kollegen erklären ferner, daß sie kein Interesse daran haben, feststellen zu lassen, zu welcher Zeit und bei welcher Frage ein Schatten von Entrembung auf die Verhandlungen des Ausschusses beziehungsweise der Gauleiterhandlungen mit dem Verbandsvorstand gefallen ist. Alle drei Kollegen erklären, daß es ein Komplex von Fragen war und daß Meinungsverschiedenheiten über den Anfang der Mißbilligung berechtigt sind. Mit diesen Erklärungen betrachten die Kollegen Baepow, Silberkämmerer und Dachne die auf dem Verbandstage vorausgegangenen Erklärungen und scharfen Redewendungen für erledigt. Fritz Baepow, H. Dachne, S. Silberkämmerer.“

**Zu der Streifbrennvermittlung des christlichen Metallarbeiterverbandes** werden uns noch einige Einzelheiten mitteilen, die bei der Angelegenheit des Falles uns wert erscheinen, wiedergegeben zu werden. Bei der Firma „Sanitaria“ in Ludwigsburg (Württemberg) stehen die Mitglieder der freien Gewerkschaften seit Anfang Dezember 1912 im Streit. Die Ludwigsburger Firma Sanitaria und die Firma Wagner u. Keller haben in Gemeinschaft die Verbandsmitglieder des Metallarbeiterverbandes entlassen, um dessen Wirksamkeit in Ludwigsburg ein Ziel zu setzen. Verhandlungen blieben ohne Erfolg. Die Firma Sanitaria erklärte es Tarifvertragsverhältnis mit dem Metallarbeiterverband zu gelöst. Die Arbeiter beider Firmen verteidigten ihre Organisation in wochenlangem Kampfe. Schon neigte sich der Erfolg auf ihre Seite, als in der äußersten Stunde der christliche Metallarbeiterverband als Retter der Firma Sanitaria erschien. Es war aufgefunden, daß der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes für Ludwigsburg mehrere Wohnungen für ledige Arbeiter suchte. Da erhielt er Streikleitung des Metallarbeiterverbandes in Ludwigsburg aus dem Württemberg Industriegebiet die Nachricht, daß bei Duzend ausgeperrte des christlichen Metallarbeiterverbandes von Wenden nach Stuttgart abreisen. Sie kamen erst programmäßig in Stuttgart ein und wurden von dem christlichen Angestellten Rat aus Wenden nach der Sanitaria geführt. Erst später gelang es, diese Leute über den Streit aufzuklären. Daraus legten die christlich-organisierten Arbeiter die Arbeit wieder nieder. Sie waren heller Verzeihung, daß sie von ihren Führern nichts über den Stand der Situation in Ludwigsburg erfahren

hatten und daß diese sie durch List zu Streikbrennern machen wollten. Dann kamen die christlich-organisierten Arbeiter zu den Streikenden und haben um Entschuldigungen, sie hätten nicht gewußt, daß in Ludwigsburg gestreift würde. Sie kündeten in Wenden aus dem gleichen Grunde seit Monaten im Kampfe und wollten niemals zum Verräter werden. Der christliche Metallarbeiterverband hatte ihnen zwar das Fahrgehalt bis zur bestreikten Firma gegeben, jetzt aber standen sie mittellos da. Der Metallarbeiterverband gab ihnen dann Unterstützung, damit sie wieder nach Wenden fahren konnten. Die Arbeiter ersuchten die Führer vom Metallarbeiterverband, diesen Arbeitererrat des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Öffentlichkeit zu brandmarken. In einer schriftlichen Erklärung sagten sie u. a.: „Dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes in Ludwigsburg wurde mir, während ich bei der Firma Sanitaria in Arbeit stand, gesagt, der Deutsche Metallarbeiterverband habe den christlichen Metallarbeiterverband früher nicht aufgenommen lassen wollen, infolge dessen sei es jetzt notwendig, daß sie so viel wie möglich Mitglieder in den Betrieb bekommen. Sie wollten dann mit der Firma Sanitaria einen Tarif abschließen. Es war mir zuwider, daß ich bei Nacht zu dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes kommen sollte, um von dort die nötigen Informationen zu erhalten. Ich bin aus eigenem Antrieb aus der Firma Sanitaria ausgetreten und hätte bei derselben die Arbeit nicht aufgenommen, wenn ich gemußt hätte, daß die Arbeiter in diesem Betriebe im Streit stehen. Ich bedaure aufrichtig, daß ich unter diesen Umständen Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes gewesen bin.“ Der Streikbruch der Christlichen unterzeichnete sich in diesem Falle durch die zahlreich begangenen Streikbrüche bisheriger Art dadurch, daß hier selbst streikende und ausgeperrte Arbeiter als Streikbrecher vermittelte wurden. Der christliche Metallarbeiterverband hat jene Leute, die in Wenden sich weigerten, die Arbeit aufzunehmen, weil ihr Vertrauensmann gemahregelt wurde, durch Ränke und List nach Ludwigsburg gebracht, um dort das zu tun, was sie in Wenden zu tun verweigerten. Damit haben die christlichen Führer, die dieses Verräterstückchen organisiert und vollbracht haben, wohl nun doch halb den Gipfel im Arbeitererrat erreicht.

**Die Fortführung der Tarifverhandlungen im Baugewerbe** ist für den 21. d. M. in Berlin im Reichstagsgebäude in Aussicht genommen. Sie werden auch diesmal nur unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Zentralschiedsgerichts Dr. Brenner-München stattfinden, während die übrigen Mitglieder des Zentralschiedsgerichts an den Beratungen nicht teilnehmen werden. Die Hinzuziehung anderer Verbände, die dahingehende Anträge gestellt hatten, ist nicht beabsichtigt, sobald an der weiteren Verhandlung nur die Organisationsvertreter teilnehmen werden, die bereits in den Verhandlungen am 29. Dezember v. J. in München anwesend waren.

## Soziales.

**Abfindungen für Unfallrenten.** Der Bundesrat hat unter dem 21. Dezember 1912 eine Bekanntmachung über die Abfindungen von Unfallrenten beschlossen, die jetzt im „Zentralblatt für das Deutsche Reich“ Nr. 1 veröffentlicht wird. Danach erfolgt die Berechnung des Abfindungskapitals (an Stelle der laufend zu gewährenden Unfallrente zahlbar) bei Renten der Unfallverletzten in folgender Weise: Wenn die Abfindung im Laufe eines Jahres, vom Unfalltag an gerechnet, erfolgt, so ist das Vierfache der Jahresrente zu zahlen. Erfolgt die Abfindung später, so richtet sich das Abfindungskapital nach dem inzwischen erreichten Alter des Verletzten und der seit dem Unfalltage verstrichenen Zeit. Für diese Berechnung und für die Berechnung der Abfindung der Hinterbliebenen sind eine Anzahl versicherungsmathematischer Tabellen aufgestellt worden.

## Aus Nah und Fern.

**Der Raubmörder Sternickel,** der seit Dienstag in seiner Zelle angegeschlossen ist, verlangte von den Fußfesseln befreit zu werden, sonst sage er nichts mehr. Seine Helfershelfer blieben bei ihren bisherigen Aussagen, nur Kerker erweitere seine Aussage dahin, daß alle drei Kumme Zeugen am Morde waren.

**Sternickelkult.** Für die Sensationspresse ist die Sternickelaffäre ein fetter Happen. Mit ihrem widerwärtigen Geschwafel über seine erweisen und unerwiesenen Mordtaten und ihre schauerlichen Einzelheiten, seine Vergangenheit und Zukunft, seine Liebschaften und Verwandtschaften usw. füllt sie Spalte über Spalte an. Die „Köln. Ztg.“ spottet darüber mit Recht, indem sie schreibt:

„Sternickel! Endlich wieder einmal ein Name voll Saft und Kraft, recht für die Räuberromane geschaffen. Das klingt wie aus Hauffs „Wirtshaus im Spessart“, hat etwas sonderbar Handgreifliches ohne fahbaren Sinn zu zeigen. Man sieht den Mann ordentlich vor sich, der Sternickel heißt und ein Duzend Morde auf dem Gewissen haben soll. Mit schielendem Blick und einem Stiernacken; eigentlich müßte er noch ein Messer zwischen den Zähnen haben und hohe Stiefel, die oben zu weit sind.“ — Mit den vorstehenden Sätzen hebt eine Betrachtung an, die das „Berliner Tageblatt“ über einen traurigen Heiden des Tages bringt. Der Feuilletonist, der einen solchen Anlaß benutzt, um „Geist“ zu verzapfen, verliert die Berechnung, über die Angriffe zu klagen, die so oft gegen die Frivolität und dreiste Wiserei eines bestimmten Teiles der hauptstädtischen Presse gerichtet werden. Den schärfsten Einspruch muß es herausfordern, wenn dieser Spähmacher dem Spruch des Gerichts vorgeht und fest behauptet: „Er wird es nicht erreichen, seine Richter von seiner Unzurechnungsfähigkeit zu überzeugen und auf diese Weise dem Tode durchs Schwert zu entgehen, um in einem Irrenhaus gemächlich den Rest seiner Tage zu verbringen. Er wird Blut mit Blut zahlen, und diese biblische Gerechtigkeit ist diesmal auch die Gerechtigkeit der Volkmeinung.“ Anstatt biblischer Gerechtigkeit heiße es, nebenbei bemerkt, zurechtfinden: alttestamentarische. Diese Prophezeiung als grobe Taktlosigkeit zu kennzeichnen, ist noch sehr milde. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß sich dieser freche Überariff im Feuilleton eines Blattes findet, das in politischem Teil oft als Schürer der völligen Unabhängigkeit der Gerichte hochpathetisch mit den Waffen klirrt.“

Einer gewissen Ironie entbehrt es auch ferner nicht, wenn Tagesblätter, die so den Sternickelkult betreiben, bei passender Gelegenheit flammende Artikel gegen die Schundliteratur veröffentlichen.

**Ein Gottesgnadenstämmling unter Kuratel.** Aus Petersburg wird gemeldet: Ein am 16. Januar veröffentlichtes kaiserliches Manifest entbindet den Großfürsten Michael Alexandrowitsch von den ihm durch das Manifest vom 14. August 1904 für den Fall des Ablebens des Kaisers vor Eintritt der Volljährigkeit des Thronfolgers auferlegten Regentenpflichten. Der kaiserliche Ras legt über die Person und Vermögensangelegenheiten des Großfürsten Michael Alexandrowitsch die Vormundschaft unter Oberleitung des Kaisers ein. Die Verwaltung des Barvermögens und der Immobilien des Großfürsten geht auf die Ypanagenverwaltung über.

**Ein pfiffiger Vaterlandsverteidiger.** Ein Vorfall, wie er wohl einzig dastehen wird, hat sich vor einigen Tagen in Schwelm ereignet. Der Sohn eines Postbeamten von dort dient seit Oktober bei einem Artillerieregiment in Köln. Bereits dreimal hatte der junge Mann von seinem Regiment Urlaub erhalten, weil angeblich sein Vater, sein Bruder und seine Schwester kurz hintereinander starben. Stets erhielt er Urlaub. Kürzlich erhielt der junge Krieger plötzlich telegraphisch Nachricht, daß auch seine Mutter gestorben sei. Der Hauptmann der Kompanie sandte Sonntag früh eine Abordnung des Regiments nach Schwelm, die an dem Begräbnis der Mutter des Soldaten teilnehmen sollte. Wer beschreibe aber ihr Erstaunen, als sie mit dem Kranz in der Hand in der Wohnung des Soldaten angekommen und von der Mutter selbst empfangen wurden. Es stellte sich nun heraus, daß der junge Vaterlandsverteidiger den zeitweiligen Urlaub verlangt hatte, um etwas Abwechslung in das eintönige Kommissleben zu bringen. Der junge Krieger wurde von seinen Kameraden zu seinem Regiment nach Köln zurückgebracht.

**3 junge Leute ertrunken.** Aus Berlin wird gemeldet: Beim Schlittschuhlaufen auf der Dahme sind drei Burschen im Alter von 16 bis 18 Jahren ertrunken. Die Persönlichkeit der Ertrunkenen konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Sie liefen in der Nähe der Köpenicker Glasütte, als plötzlich das im allgemeinen ziemlich starke, aber durch die warmen Abwässer der Glasütte mirbe gemordene Eis nachgab. Die Leichen sind bisher nicht geborgen worden.

**Schwere Schiffsstättastrophe.** Einer nach Vigo gelangten Meldung zufolge ist der englische Dampfer „Beronesse“ mit 139 Passagieren vor dem Leos-Leuchtturm gestrandet. Das Schiff gilt als verloren. Es ist unmöglich, ihm bei dem hohen Seegang Hilfe zu bringen. Der von Argentinien kommende Dampfer „Hollandia“ kreuzte lange Zeit bei dem gestrandeten Schiff, ohne instande zu sein, zu helfen. Nach stundenlangem Bemühen gelang es schließlich der „Hollandia“, als die See einige Zeit beruhigt hatte, einen Teil der Passagiere zu retten. Vom Land her versuchte man, mit einer Korbvorrichtung das Rettungswerk zu vollenden. Als der Korb mit einer Anzahl Schliffbrüchiger über dem Wasser schwebte, riß das Seil. Die Unglücklichen stürzten in das Wasser und ertranken. Die „Beronesse“ ist in der Mitte durchgebrochen. Das Schiff droht jeden Augenblick in den Wellen zu verschwinden. — Ueber die Strandung des englischen Passagierdampfers „Beronesse“ bei Leixoes an der portugiesischen Küste wird von Oporto telegraphiert: Von den Passagieren der „Beronesse“ wurden 87 gerettet; die Gesamtzahl soll 375 betragen haben, von denen 139 erster Kajüte fuhren. Der Dampfer „Hollandia“ versuchte Hilfe zu bringen und es gelang ihm auch, 84 Passagiere aus Rettungsbooten aufzufischen. Ein Rettungsboot ging mit 16 Passagieren unter. Am Nachmittag brach aber die „Beronesse“ mitten entzwei und alle Versuche zur Rettung der noch an Bord befindlichen 300 Personen mußten wegen heftiger See aufgegeben werden. Der Dampfer befand sich auf dem Wege nach Brasilien. Die Passagiere waren zum eist Spanien und Portugiesen. — Eine weitere Meldung besagt: Das einzige Rettungstau, das die Verbindung zwischen dem Dampfer „Beronesse“ und dem Lande aufrecht erhielt, ist gestern vormittag gerissen. Jedoch konnten im Laufe der Nacht 33 Personen, meist Frauen und Kinder, gerettet werden. Gegenwärtig arbeitet man an der Herstellung einer neuen Verbindung. Mehrere Personen sollen tot bezw. verletzt sein.

**Ein 200jähriger Brandstifter.** Aus Newyork wird gemeldet, daß Ador Stein, ein Brandstifter, sich schuldig bekannt hat, mehr als zweihundert Häuser mit eigener Hand angezündet zu haben. Er gehörte einer Bande an, die etwa 1000 Brandstiftungen und viele Menschenleben auf dem Gewissen haben soll. Die Bande hat 1 200 000 Mk. Versicherungsbeiträge erbeutet.

**Von einem gemüthlichen Gefangenenentransport** weiß der „Gläser“ zu melden. Ein Gefängnisaufseher sollte einen Untersuchungsgefangenen, der wegen Betrugs verhaftet war, nach Straßburg bringen. Er ließ sich dabei von seinem Häftling verleiten, eine Kneipe aufzusuchen und ein Glas Bier zu trinken. Aus dem einen Glas wurden aber mehrere, und schließlich waren beide Bechergläser derart betrunken, daß sie sich verloren, wenigstens stellten sich der Gefangene vollständig betrunken allein an dem Gefängnistor ein. Für den Gefängnisaufseher aus Mülhausen wird das Bier wohl etwas teuer werden.

**Kleine Chronik.** Der Kassierer Müller einer Filiale der Commerz- und Diskonto-Bank in Berlin hat durch Lombardierung von bei der Bank deponierten Effekten in anderthalb Jahren rund 60 000 Mark unterschlagen. Die Unterschlagungen kamen an den Tag, als ein Kunde in seinem Kontoauszug das Fehlen von 30 000 Mark feststellte. Winkler, ein 37jähriger unverheirateter Mann, hat sich, wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, auf dem Polizeipräsidium gestellt, nachdem er seit Mittwoch seinem Bureau ferngeblieben war. Er hat den größten Teil des veruntreuten Geldes in Seltgelagen durchgebracht, die er in Weinflaschen gab. — In der Donnerstagnacht wurde in Aszeten-Jahn bei Kollaten ein unbekannter Russe von dem 16jährigen Knecht Eßins erschlagen, der bei dem Russen eine größere Geldsumme vermutete, während dieser nur 5 Mark in russischem Gelde bei sich hatte. Eßins und sein Helfershelfer wurden verhaftet. — Auf dem Dorf und der Hochsowerwerk Aktien-gesellschaft Phönix-Hörde sind durch eine unverschämte aus dem Dien schlagende Stachflamme drei Arbeiter schwer verbrannt. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. — Amtlich wird gemeldet: Gestern abend 10 Uhr 5 Minuten riß bei der Blockstelle Eicken der Strecke Neuwert-Kheyndt der Güterzug 6318 durch. Acht im Gefälle zurücklaufende Wagen stießen mit einem im Bahnhof Neuwert haltenden Güterzug zusammen. Ein Hilfsbremser wurde getötet. Der Zugverkehr auf dem gesperrten Gleis war vier Stunden unterbrochen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

## Briefkasten.

C. K.-r. Davon ist uns nichts bekannt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

# Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Mittwoch mittag entschlief nach kurzen schwerem Leiden unsere kleine süße **Erika**, schmerzlich vermisst von ihren tiefbetäubten Eltern, Großeltern und Verwandten. (474)  
**H. Scharf u. Frau.**

**Fackenburger Liedertafel.**

**Nachruf.**

Am Donnerstag, dem 16. Januar 1913 entschlief unser langjähriges Mitglied

**Karl Heidtmann.**

Ghre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 20. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Vorwerker Friedhofkapelle aus statt.

Der Vorstand.

**Deutscher**

**Bauarbeiter-Verbd.**

**Nachruf.**

Am Donnerstag, d. 16. Januar verstarb nach kurzem Leiden der Kollege

**Karl Heidtmann**

(Hilfsarbeiter) im Alter v. 59 Jahren.

Ghre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 20. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt. Die Kollegen versammeln sich bis 3 Uhr im „Weißen Hirsch“ zu Kropfendorfer. Um rege Beteiligung eruchrt

Der Vorstand.

**Malerlehrling**

zu Othm gesucht. (115)  
E. Scharnhorst, Fuchtingstr. 17.

**Malerlehrling.**

Chr. Carstens, Sandb. 50, n. G. (475)

**Sozis** für Jung. Mann zu verm. (499)  
Glenstr. 21c.

**St. 2-Stuben-Wohnung** zu verm. (499)  
Glenstr. 18, n. v. v. v.

**eine Wohnung** bestehend aus 3 großen oder 4 kleineren Zimmern. Gasheizung, elektr. Licht, Bad, etc. Mietpreis bis 100 Mark, event. ein H. Haus mit etwas Gartenland. Offerten erbeten unter P. L. 52 an die Expedition dieses Blattes. (445)

**Jahrtad 15 Mt.** (492)  
Wakenitzm. 5.

**Zu verkaufen 1 Paar fast neue Jungl. Schafschaf.** Größe 40. (476)  
Klosterstr. 11a I.

**Kleinfeld. Ruchsch.** (110)  
Bilf. G. 10. n. v. d. el. Bahn. H. Heiner, S. 20. n. v. d. el. Bahn.

**Elegante Mastenanzüge** für Damen und Herren (499)  
Gartenstr. 33, I.

**Elegante Damenmastenanzüge** zu verm. (396)  
Reichenstr. 1, I. Stg.

**Engländer-(Mast-)Anzug** von 1. bis 12. Größe. (110)  
Bilf. G. 10. n. v. d. el. Bahn. H. Heiner, S. 20. n. v. d. el. Bahn.

**Neue laubere Herr- u. Dam-** Mastenanzüge billig zu verm. (476)  
Reichenstr. 24.

**Weine, Spirituosen u. Liköre** in jeder Preislage (478)  
anfert.

**J. H. Stooß, Engelsgrube.**

**Beiträge** der Oberhalbbehörde.

**„Das Jugendgericht als** Kulturerscheinung.“

Freitag, den 21. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Johanneumschule. Der Vorstand.

**Restaurant Weinberg.**

**Vereins-Bock.**

**Liter 25 Pfg.**

**J. G. Ehlers, Ratzeb. Allee 73.**

**Volksbildungskurse.**

1. Jeden **Dienstag**, vom 4. Februar bis 11. März: Dr. Döring: Bau u. Tätigkeit des menschlichen Körpers.

2. Jeden **Freitag**, vom 7. Februar bis 14. März: Professor Anthes: Neuere deutsche Dichter mit zahlreichen Proben.

Beide Kurse 8 1/2 Uhr abends im Johanneum. Karten zu 1 Mk. (1.50 Mk. für beide Kurse) beim Schulwärter des Johanneums, bei Herrn Emil Bolt, Schützenstraße 36a u. Herrn J. Stelling, Johannisstraße 46. (480)

**Gewerkschaftshaus**

Lübeck, Johannisstraße 50-52  
ff. gepflegte Biere.  
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.  
ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr. (107) 65 Pfg.

**Neu-Lauerhof.**

Heute Sonntag: (498)  
ff. großes Bockbier-Fest.  
Um 9 Uhr: Große Schöpplouaie.

**Hansa-Halle**

Morgen Sonntag:  
**Gr. Tanzkränzchen**  
J. Rieck. (501)

**Hotel Kronprinz, Schwartau**  
Am Sonntag, dem 19. Januar:  
**Gr. Tanzmusik.**  
Johs. Piquardt. (477)

**Gr. Tanzmusik.**

Am Sonntag, dem 19. Januar:  
**J. Süfke, Rensefeld.**

**Zentral-Hallen**

Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. (2) H. Pagel.

**Wilhelm-Theater.**

Jeden Sonntag:  
**Große Ballmusik.**

**Weisser Engel**

Jeden Sonntag:  
**Freier Tanz.**

**Adlershorst.**

Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen**

**Friedrichshof.**

Sonntag, den 19. Januar:  
**Großes humoristisches Bockbierfest.**  
Am Dienstag, d. 4. Februar:  
**Familien-Maskenball.**  
Zum Elbe-Trave-Kanal  
Sparklub-Versammlung.

**Waisen-Hof.**  
Sonntag: **Große Tanz-Musik.**  
Gustav Gipp.

**Konzerthaus Flora.**

Heute, den 19. Januar:  
**Gr. Tanz-Kränzchen**  
verb. mit **Bockbierfest.**  
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Gustav Wirthel. 502  
NB. Sonntag, den 9. Februar:

**Gr. öffentliche Volksmaskerade.**

**Gesangverein der Zimmerer**

**Einladung zum Kappenfest**

am Sonntag, dem 19. Januar 1913  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Anfang 6 Uhr. (806) Ende 2 Uhr.  
Mitgliedskarten sind vorzuzeigen.

Die Mitglieder des Chorvereins haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte freien Eintritt.  
**Das Komitee.**

**Konsumverein**

für Lübeck und Umgegend.  
e. G. m. b. H.

**Bezirks-Versammlungen**

für die Mitglieder der  
Abgabestelle Kronsforder Allee  
am Montag, dem 20. Januar  
abends 8 1/2 Uhr.  
bei Herrn Gastwirt Nagelstein,  
Geniner Straße.

**Stadt**

für die Mitglieder der  
am Montag, dem 20. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

**Holstentor-Süd**

für die Mitglieder des  
am Dienstag, dem 21. Januar  
abends 8 1/2 Uhr,  
in der „Flora“, Nebenhofstraße.

**Hüxtertors**

für die Mitglieder des  
am Mittwoch, dem 22. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im Lokale des Herrn Fühörer,  
(Wakenitz-BelleVue.)

**Großer Maskenball**

am Sonntag, d. 19. Januar  
in Lokale des Herrn E. Wendt.  
Anfang des Balles 6 Uhr.  
Maskenzug 8 Uhr.  
Demaskierung 10 Uhr.  
Maskenanzüge sind im Lokal zu haben.  
Karten für maskierte Mitglieder sind bei M. Schauer abzuholen.  
Hierzu laden ein 484  
E. Wendt. Der Vorstand.

**Versammlung**

am Sonntag, d. 19. Januar  
9 1/2 Uhr vorm.  
im „Gewerkschaftshaus“  
Tages-Ordnung:  
1. Wahlen.  
2. Bericht der Schlichtungs-kommission.  
3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
NB. Wegen Wichtigkeit der Tages-ordnung ist das Erscheinen der Kollegen notwendig. D. O.

**Achtung! Achtung!**

**Kohlenplagarbeiter u. Kohlenführer.**

**Konzerthaus**

**Zauberflöte**  
Heute Abend  
sowie morgen Sonntag  
wieder groß. humorist.  
**Bockbierfest**  
unter Leitung d. Oberbocks  
„Rehr“.  
Kappen u. Lieder gratis!  
Eintritt frei.  
Anf. Sonntags 4 Uhr.  
Stimmung! Humor!  
Fidelitas! ist Parole.  
490  
L. Kock.

**Tivoli**

Wakenitzm. 9.  
Heute und folgende Tage:  
Ausicht von ff. Bockbier.  
Morgen Sonntag:  
**Gr. Bockbier-Abend**  
mit Unterhaltungsmusik.  
Hierzu ladet freundlichst ein (491)  
F. Hildebrand, Vertreter.

**St.-Lorenz-Kegelhalle.**

**Großes Bockbier-Fest**  
am Sonntag, d. 19. Januar.  
Kappen und Lieder gratis.  
Hierzu ladet freundlichst ein (473)  
E. Wiencke.

**Friedr. Franz-Halle**

Morgen Sonntag:  
**Gr. Tanzkränzchen**  
verb. mit Bockbierfest.  
Eintritt frei. Kappen gratis.  
Zum Ausicht gelangt  
ff. Lückscher Bock.  
500) Gaststation Krankenhaus.

**Verein „Freundschaft“**

**Secret.**

**Großer Maskenball**

am Sonntag, d. 19. Januar  
in Lokale des Herrn E. Wendt.  
Anfang des Balles 6 Uhr.  
Maskenzug 8 Uhr.  
Demaskierung 10 Uhr.  
Maskenanzüge sind im Lokal zu haben.  
Karten für maskierte Mitglieder sind bei M. Schauer abzuholen.  
Hierzu laden ein 484  
E. Wendt. Der Vorstand.

**Konzerthaus**

**Zauberflöte**  
Heute Abend  
sowie morgen Sonntag  
wieder groß. humorist.  
**Bockbierfest**  
unter Leitung d. Oberbocks  
„Rehr“.  
Kappen u. Lieder gratis!  
Eintritt frei.  
Anf. Sonntags 4 Uhr.  
Stimmung! Humor!  
Fidelitas! ist Parole.  
490  
L. Kock.

**Arbeiter-Turnverein Lübeck.**

**Turngang**

am Sonntag, dem 19. Januar nach Kleverbrück, Fackenburg und zurück zum Vereinslokal, wofelbst gefellige Unterhaltung. Abmarsch 2 Uhr vom Vereinslokal Gundestraße 41.

486) Der Turnwart

**Großer Bockbierturnspiel**

im Hansa-Theater  
**Kabarett**  
(Karnevalsstimmung).

Sonntag, den 19. Januar, nachmittags ab 4 Uhr  
**neues Kabarett-Programm**  
Entree frei. (488)

**Kalnberg Variete.**

Sonntag Beginn 7 Uhr.  
Amüsante Darbietungen der Artistenwelt.  
Auf allen Plätzen 10 Pfg. (499)

**Hansa-Theater.**

Sonntag, 19. Januar  
2 große Vorstellungen  
der **Schlierseer.**  
Nachmittags Anf. 4 Uhr  
Kleine Preise.

**Die Leni v. Oberammergau**

Volksstück v. Ch. Flügg.  
Abends Anf. 8 1/2 Uhr  
Auf vielseitigen Wunsch!  
Aus der Art geschlagen.  
Volkschauspiel v. Weinold.  
Nach d. Vorstell. Kabarett.  
ab 11 Uhr:  
Montag, 20. Januar  
Anfang 3 1/2 Uhr: (494)  
Der Meineidbauer.

**Stadthallen theater.**

Direktor: G. Feldhusen. (488)  
**Berliner Ensemble-Gastspiel.**  
Heute Sonntag abends 18. Jan. 8 1/2 Uhr.  
Zum 2. Male der neue Schlager  
Die abgetrennte Frau.  
Schwant in 3 Akten von J. Gottl.  
Bisher größter Lacherfolg in Lübeck.  
Sonntag: Keine Vorstellung.  
Montag, den 20. Januar, 8 1/2 Uhr:  
50 Einheitspreis 50 Pfg. 50  
Die Welt ohne Männer.

**Neues Stadttheater.**

Sonntag, den 19. Januar 1913.  
Nachm. 3 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr.  
5. Volksvorst. z. Einheitspr. v. 75 Pfg.

**Zar und Zimmermann.**

Kom. Oper von N. Loring.  
„Marie“ — Baleska Martini a. G.  
Die Verlosung der Plätze findet  
nach heute von 8-9 Uhr abends  
an der Kasse statt. (485)  
Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
104. Vorst. i. Boll-Ab. Große Preise.

**Madame Butterfly.**

Oper von G. Puccini.  
Montag, den 20. Januar 1913:  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.  
105. V. i. Boll-Ab. 17. V. i. Montag-Ab.

**Gudrun.**

Dramenpiel von Ernst Hart.  
Mittelpreise.  
In Vorbereitung: König für  
einen Tag. Oper von Adam in d.  
Bearbeitung von F. Wolff.